

Sozialdemokrat

Titel: Dělňická

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Er erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Daffron u. Verwaltung: Drag II, Telčanská 15 • Teleph.: 26795, 31469, Raabstr. (ab 21 Uhr): 53556 • Dohledami: 57344

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 6 Heller Porto)

13. Jahrgang.

Mittwoch, 19 April 1933

Nr 92.

Werden unsere Nazis noch weiter die innere und äußere
Fühlungnahme mit Hitler-Deutschland leugnen?

Denunziation und Entlassung sudetendeutscher Sozialdemokraten durch fascistische Hetze in der Gemeinde Markhausen!

In der Grenzgemeinde Markhausen im Bezirk Graslitz hat sich ein Fall zugetragen, der schlagend beweist, wie vergeblich, verlegen und verlogen alle späten Versuche des „Tag“ sind, die innere und äußere Verbundenheit der sudetendeutschen Nazis mit den braunen Faschisten im Reich abzuleugnen.

Hier die Tatsachen:
Am 28. März 1933 wurde in der Gemeindevertretung Sitzung zu Markhausen folgende, von den Nationalsozialisten eingebrachte Entschliessung — wir geben sie im Nachstehenden mit ihren Sprachfehlern wieder — zur Abstimmung gebracht:

An die
1861. Gemeindevertretung
in Markhausen.

Die 1861. Gemeindevertretung wolle beschließen, daß eine Aufforderung an die Landes- und Kreisbehörde nach Prag ergeht, in welcher daraufhin gewirkt wird, daß die maßlosen, schamlosen und unwahren Schreibweisen über die deutsche Reichsregierung in den marxistischen Blättern nicht mehr statfinden dürfen. In den Grenzbezirken der Republik sind sehr viele Arbeiter im deutschen Reich beschäftigt und würden diese sehr besonders für die marxistischen Arbeiter unabsehbare Folgen zeitigen.

Die Gemeinde Markhausen hängt in ihrem gesamten Finanzwesen von dem deutschen Reich ab, es wäre deshalb ein schwerer Schlag für die Gemeinde, die deutschen Gäste durch diese maßlose Hetze zu verlieren. Weiters umfaßt unser Ort ca. 80% arbeitslose und diese gemeinen Schreibweisen würden nicht dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, sondern zu erhöhen.

Wir bitten die geehrten Gemeindevertreter, für diese Entschliessung zu stimmen und daß dieselbe so dringend als möglich nach Prag weitergeleitet, damit die gemeinen und erlogenen Schreibweisen in den marxistischen Blättern über die deutsche Reichsregierung sofort eingestellt wird, andernfalls müßten diese Arbeiter, wie von deutscher Seite befundet, die Folgen daraus ernten.

Markhausen, am 27. März 1933.
D. R. S. A. P. Markhausen.
Der Obmann:
(Stampsiglie) Franz Kohler.

Der Sprecher und Obmann der Nationalsozialisten, ein reicher Gastwirt namens Franz Kohler, verlangte darüber namentliche (!) Abstimmung. Sowohl dieses Verlangen, als auch die Entschliessung selbst wurden mit acht gegen fünf Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten, nach energischer Verwahrung, unter anderem die fünf Sozialdemokraten, von denen zwei, und zwar die Genossen Adolf Böhm und Josef Fischer, im benachbarten tschechischen Klingenthal in Arbeit stehen — das heißt: in Arbeit standen. Denn am 7. April wurde dem Genossen Adolf Böhm bedeutet, daß er „aussehen“ müsse, bis der Nachweis erbracht sei, daß er nicht eine staatsfeindliche Gesinnung habe! Und am 10. April erhielt der zweite Genosse, der Arbeiter und sozialdemokratische Gemeindevertreter Josef Fischer folgendes Schreiben:

Oskar Döflinger, Klingenthal.
Rartonnagen-Fabrik, Goldbräge-Anstalt.
Klingenthal i. Sa., den 10. April 1933.

Herrn
Josef Fischer,
Markhausen 138.

Von der NSDAP, Klingenthal
habe ich Weisung bekommen, das Arbeits-

verhältnis zu lösen, da Sie bei einer Abstimmung in der Gemeinde gegen die Reichsregierung gestimmt haben. Aus diesem Grunde bitte ich bis zur einmündigen Klärung der Angelegenheit von der Arbeit fernzubleiben.

Hochachtungsvoll
Oskar Döflinger.

Vor uns liegt nicht nur die Abschrift dieses Briefes, sondern auch das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung — Dokumente, die samt ihrem empörenden Inhalt nicht einmal das Duzer fascistische Lügenblatt in ihrer Wirkung wird abschwächen können. Zwei Arbeiter sind aufs Pfaster gestiegen, weil sie den Notau vor der Sunnenregierung selbstverständlich nicht mitmachen und für die freche und erbärmliche Auforderung nicht stimmten, die die Markhäuser Nazis an die Prager Behörden gerichtet haben wollten.

Werden sich die Herren im „Tag“ auch jetzt noch erdreisten, zu behaupten, daß ihre Politik auf tschechoslowakischem Boden nicht der Hitlerregierung und dem Bestreben diene, auch in der Tschechoslowakei zu fascistieren?

Im Protokoll der Gemeindevertretungssitzung heißt es u. a. wörtlich: „Herrn Kohler sei weiters von jenseits der Grenze befundet worden, daß, falls dieser schamlosen, maßlosen und beleidigenden Schreibweise der inländischen marxistischen Zeitungen über die Hitlerregierung nicht auf diesem Wege Einhalt geboten werde, die hiesigen Einwohner, soweit sie noch in Klingenthal beschäftigt seien, die daraus entstehenden Folgen zu tragen haben werde.“

Da also dem Nazi-Obmann Kohler „von jenseits der Grenze befundet“ wurde — wird es da der „Tag“ noch wagen, zu behaupten, daß die nationalsozialistischen Ortsgruppen bei

uns nicht mit der Nazi-Partei draußen in Verbindung stehen?

Und weiter: am 1. April berichtete die den Nazis drüben und hüten dienende „Graslitzer Zeitung“ durchaus im Sinne der denunziatorischen Nazi-Entschliessung über diese und über die Gemeindevertretungssitzung unter dem Titel: „Wer nicht hören will, muß fühlen.“

Heißt das etwas anderes, als daß die Arbeiter und die Sozialdemokratie, daß die öffentlichen Körperschaften hierzulande der Reichsregierung parieren müßten, widrigenfalls unsere Nazis und ihre Presse Absolution für die Schandtat zu erhalten hoffen, auf die allein es ihnen ankommt?

Aber nicht nur die fünf Genossen und die drei anderen Gemeindevertreter in Markhausen haben nicht pariert, nicht nur die zwei Genossen haben sich von der Denunziation, die ihnen dann einige Tage später den Hinauswurf aus den Betrieben eintrug, nicht abschrecken lassen, — die gesamte sozialistische Arbeiterschaft in der Republik wird sich nun erst recht entschlossen zeigen, alle Versuche der sudetendeutschen Nazis, Hitler-Methoden und Diktatur-Gelüsten durch Denunziationen und Terror-Aktionen die Wege zu ebnen, mit allen Mitteln im Reine zu erstickern.

Wer es noch nicht gewußt hat oder nicht geglaubt hat, weiß es jetzt:

Unsere Nazis, wie der Fall ihres Markhäuser Ortsgruppenobmannes lehrt, halten Verbindung mit ihren Brüdern im Reich; sie machen gemeinsame Aktionen; sie denunzieren; sie möchten für Herrn Hitler in unseren Gemeinden abstimmen lassen; sie bringen sozialistische Arbeiter und Funktionäre um ihr Brot, wenn sie der Festsicherung bei uns Widerstand entgegensetzen!

Sie, die Nazis, haben damit selber ein Exempel statuiert!

Der „mächtige und verständnisvolle Freund“. Hat Dollfuß Oesterreich ganz an Italien verschachert?

Wien, 18. April. (Eigenbericht.) Gestern abends ist Bundeskanzler Dollfuß von seiner Rom-Reise nach Wien zurückgekehrt. Ueber die Ergebnisse dieser Reise wird fast gar nichts offiziell verlautbart. Nach Nachrichten aus Rom scheinen aber zwischen Dollfuß und Mussolini sehr enge Abmachungen getroffen worden zu sein, so daß man erwarten kann, daß Oesterreichs Politik in Zukunft sich ganz im Fahrwasser Italiens abspielen wird.

In einem Interview hob Dollfuß nach seiner Rückkehr hervor, er habe neuerlich feststellen können,

„daß Oesterreich in Italien einen mächtigen und verständnisvollen Freund besitzt, der unsere

Papen bei Mussolini abgebildet?

Nach dem Wiener „Morgen“ haben sich dagegen alle Erwartungen, die die reichsdeutschen Nationalsozialisten auf die deutsch-italienische Freundschaft gesetzt hatten, als vollaus trügerisch erwiesen. Italien habe es in den Besprechungen mit Papen und Goering strikte abgelehnt, sich in irgend einer Weise für die außenpolitischen Aspirationen der Nationalsozialisten zu exponieren. Das Resultat der Verhandlungen Dr. Dollfuß bestehe vor allem darin, daß ein Uebergreifen des reichsdeutschen Nationalsozialismus nach Oesterreich unter allen Umständen

insbesondere auf wirtschaftliche Unabhängigkeit abzielenden Bestrebungen aufs beste unterstützt wird.“

Besonders bezeichnend ist eine Stelle jener Rundfunkrede, die Dollfuß nach seiner Ankunft in Wien gehalten hat. Er sagte darin, die Verhandlungen, die er in Rom geführt habe, werden viel Hoffnungen, vielleicht sogar manche geheimen Wünsche in Erfüllung bringen.

Man ist allgemein der Meinung, daß diese geheimen Wünsche eine Anspielung auf die Absichten der österreichischen Legitimisten sind, deren sich warzgelbe Umtriebe unter Beihilfe Italiens nun wieder gefördert werden sollen.

den abgewehrt werden wird. Italien sei mit den westeuropäischen Großmächten völlig einig, daß im Interesse des europäischen Friedens, die Ruhe, Sicherheit, Selbstständigkeit und Neutralität Oesterreichs gewahrt werden müsse.

Die Aspirationen gewisser nationalsozialistischer Kreise stoßen nach dieser Quelle bei der italienischen Regierung auf gar kein Verstandnis; sie würden vielmehr in Rom genau so energisch zurückgewiesen, wie in der österreichischen Hauptstadt.

Die alte Walze der Kommunisten.

Eine Zeitlang konnte mancher sozialdemokratische Arbeiter glauben, der nach der Aufriechtung der fascistischen Herrschaft in Deutschland von der kommunistischen Internationale an ihre Sektionen in den einzelnen Ländern erlassene Aufruf zu Verhandlungen über die Schaffung einer Einheitsfront mit der sozialdemokratischen Partei bedeute eine Umkehr von ihrer für die Arbeiterklasse so verhängnisvollen Spaltungs- und Zerstückungspolitik. Das hat sich inzwischen längst als eine Illusion herausgestellt. Wer auf Einsicht, Einkehr und Umkehr bei den kommunistischen Führern hoffte, der sieht sich bitter enttäuscht. Schon spielen sie wieder die alte Rolle von Zerstückern des Gemeinschafts- und Solidaritätsgedankens und sie haben die altbekannte, abgeleierte Walze in ihr Agitations-Werkel eingelegt, die mit der alten Rattenfänger-Melodie der Verdächtigung und Verunglimpfung der sozialdemokratischen Führer die ihnen vertrauenden Arbeitermassen in die bolschewistische Hetze zu locken sucht. Auf den Aufruf der Sozialistischen Arbeiter-Internationale haben die Moskauer Befehlshaber keine Antwort gegeben und der Aufruf an ihre Sektionen war durch die darin enthaltenen diktatorischen Bedingungen von vornherein darauf angelegt, den Weg zur Anbahnung einer Einheitsfront zu verschütten, dafür schrieben die kommunistischen Führer jetzt um so lauter, am 1. Mai müßten überall einheitliche Kundgebungen veranstaltet werden. Ohne und gegen die sozialdemokratischen Führer. Und sie versichern, daß die Arbeiter „ohne Unterschied der Partei“ solche einheitliche Kundgebungen mitmachen werden.

Wofür sollen denn sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter — natürlich ausschließlich unter kommunistischer Führung! — am 1. Mai gemeinsam demonstrieren? Kann es überhaupt einen gemeinsamen Kampf geben, insofern keine Einigung über Kampfmittel, Methoden, Wege und Ziel dieses Kampfes besteht? Wäre auf Seite der Moskauer Internationale die geringste Neigung zur Anbahnung einer ehrlichen, auf der Gleichberechtigung beider Teile beruhenden Einheitsfront gegeben, so hätte sie in Gemeinschaft mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale die Grundlagen zu ihr schaffen helfen müssen. Doch was sie will, das ist unerbittlich in jedem Arbeiter lebendig gewordenen heißen Sehnsucht nach Stärkung ihrer Kampfreihen gegenüber den von allen Seiten drohenden Gefahren, eine Revolte der sozialdemokratischen Arbeiter gegen ihre Vertrauensmänner zu entfesseln und wenigstens ein paar nicht ganz sattelfeste sozialdemokratische Anhänger zu sich herüber zu bugsiieren. Von allem Anfang wurde das alte Manöver in etwas geänderter Form geübt: die sozialdemokratischen Führer als „schuldige“ an dem Nichtzustandekommen der Einheitsfront erscheinen zu lassen, um durch das so gefähte Mißtrauen einige schwankende Elemente für die bolschewistischen Parteizwecke einzufangen. Der neue, dem alten aufs Haar gleichende Betrug wird an der Disziplin, an der Treue unserer Genossen und an ihrer Verbundenheit mit der Partei zerfallen, denn sie wissen, wenn die Absicht gelänge, in die Geflossenheit der Sozialdemokratie einen Keil hineinzutreiben, dies der Verräuberung und Vernichtung des letzten Rückhaltes, den die Arbeiterklasse besitzt, gleichtame.

Am 1. Mai, so versprechen die kommunistischen Führer, soll „gegen die fascistische Gefahr“ gemeinsam demonstriert werden. Doch der Faschismus eine „Gefahr“ ist, das ist ein Entdeckung, welche die kommunistischen Drahtzieher erst in allerletzter Zeit gemacht

Jeder Radiohörer bezieht den Volksfunk! Vierteljährlich K 18.80

haben. Bisher hieß es doch, der „Hauptfeind“, der vorerst niedergerungen werden müsse, sei der „Sozialfaszismus“. Und mit größerer Ehrlichkeit, als sie jetzt zeigen, verkündeten sie: „Antifaschistische Aktion — das heißt unermüdlige tägliche Entlarvung der schändlichen Verräterrolle der Führer der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaften“. Es war der zur Zeit hinter faschistischen Gefängnismauern sitzende Führer der Kommunisten Deutschlands, Thälmann, der noch vor kurzem die Meinung bekämpfte, daß eine Regierung Brüning-Severing gegenüber einer Regierung Hitler-Hugenberg das kleinere Übel darstelle. Manuiski, der Nachfolger Sinowjens in der Führung der Kommunistischen Internationale, gab die Parole aus: „Hitler ist gegenwärtig unser Bundesgenosse“ und in einer Sitzung des Präsidiums der Kommunistischen Internationale im Männerhaus 1932 schloß er eine Rede mit den Worten: „Wir ziehen es vor, auf dem Platz des deutschen Reichsführers lieber Hitler als Brüning zu sehen“. Auch wenn man nicht wüßte, daß in Deutschland Kommunisten und Nazis — zuletzt beim Berliner Verkehrsstreik — bei verschiedenen Aktionen und in den politischen Vertretungskörperschaften unzählige gemeinsame Sache gegen die Sozialdemokratie machten, kann man nicht daran zweifeln, daß die kommunistischen Führer planmäßig und bewußt dem Faschismus die Macht in Deutschland in die Hände gespielt haben. Erst am Tage, da dies vollzogene Tatsache war, nicht eine Stunde früher, beauftragte Moskau ihre Parteien in den einzelnen Ländern, an die sozialdemokratischen Parteien Einheitsfront-Angebote zu stellen, aber auch hier wurde der Pferdeschweif der satanischen Heuschreck sichtbar, sowohl in den „Bedingungen“, die den sozialdemokratischen Parteien nach Kasernenhof-Art diktatorisch vorgeschrieben wurden, als auch in der Tatsache, daß der kommunistische Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie nicht einen Tag zum Stillstand kam.

Eine ehrliche Kampfgemeinschaft, aufgebaut auf der Grundlage einer Einigung der beiden Internationalen — sie wird hunderttausendfache Zustimmung in unseren Reihen finden. Der von Moskau sichtbar arrangierte neu-alte Betrug wird trotz der abgefeimtesten Deuscherei, mit der die Spalter und Schädiger der Arbeiterbewegung zu Werke gehen, entschieden abgelehnt werden. Der erste Mai ist der heiligste Feiertag des Proletariats, er darf nicht dazu mißbraucht werden, die tiefste Sehnsucht der sozialistischen Arbeiter nach Wiedervereinigung zu schänden und schwerste Enttäuschung in ihre Herzen zu

tragen. Unter die Vergangenheit kann ein Strich gezogen werden, doch erst dann, wenn sichergestellt ist, daß die alten Parolen der Kommunistischen Internationale, mit denen zuletzt Deutschland in den Faschismus hineinmanövriert wurde, nicht mehr gelten und es der Sozialistischen Internationale möglich geworden sein wird, den Bedingungen Mos-

Verbandsstag der Arbeiterradfahrer

Aussig, 18. April. Im festlich geschmückten Saale des Auffiger Volkshauses fand über die Osterferien der 6. Verbandstag des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes statt.

Bei seiner Eröffnung konnte Genosse Feistauer aus Karbiß neben 91 Delegierten zahlreiche Gäste befreundeter Arbeiter-Organisationen begrüßen, in deren Namen die Genossen Senator Pentele und Abg. Heinrich Müller, letzterer auftrags der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale sprachen, die Freundschaftsgrüße erwiderten und die enge Verbundenheit mit den Arbeiterradfahrern unterstrichen. Aus der Schweiz, Oesterreich und Deutschland waren herzliche, schriftliche Grüße eingetroffen; die beiden tschechischen Bruderorganisationen stellten zwei Stafetten, die Freundschaftsgrüße überbrachten, die ebenso wie die Grüße der Stafette der roten Radler und der sozialdemokratischen Partei aus dem Exerzlande mit starkem Beifalle zur Kenntnis genommen wurden.

Unter dem Voritze des Genossen Böwe aus Teplitz, der der kämpfenden Arbeiterschaft in Deutschland und Oesterreich solidarische Grüße aussprach, erklärten die Genossen Feistauer und Hause die Bereiche des Bundesvorstandes, die in einer mehr als fünfseitigen Schrift zusammengefaßt, einen ausführlichen Überblick über die vielseitige und — wie man wohl unangekündigt feststellen kann — erfolgreiche Tätigkeit des Bundes geben. Den Bericht der Kontrolle erstattete Genosse Kallil über die Entwicklung des Fahrradhauses gab Genosse Paz: aus Teplitz interessante Aufschlüsse. In der folgenden Debatte sprachen die Genossen Komfeld-Troppan, Stindel-Preßburg, Zirm-Oberhohenelbe, Markungsbuch, Beer-Schludeman, Rannheiser-Brux, R. Krentschlein, Novacek-Bünau und Wagner-Oberhohenelbe zu den wichtigsten und brennendsten Fragen der Organisation.

Am Nachmittag des ersten Verbandstages wurden die beiden grundsätzlichen Referate erstattet.

Seinem Referate „Unsere Organisation“

legte Genosse Prohaska folgende Zeitgedanken zugrunde:

Die politische Situation, in der sich die reaktionären Kräfte im Angriff befinden, erfordert die Mobilisierung aller proletarischen Organisationen.

Deshalb muß ausgedrungen werden, daß wir uns kämpfend zur Seite der sozialdemokratischen Partei zu stellen bereit sind.

Am unsere Organisation in diesem Kampfe wirksam werden zu lassen, gilt es, sie auszubauen, straffer und fester zu gestalten. Es heißt deshalb, Erziehungsarbeit nicht nur im sportlichen Sinne zu leisten. Dem Indifferentismus muß auf den Leib gerückt werden, der Klassenkämpfergeiß muß Einsig halten. Wir gewinnen dadurch nicht nur für unsere Organisation treue Mitarbeiter. Die Agitations- und Werbe-

laus unsere Bedingungen, die vor allem auf die Erhaltung und den Schutz des demokratischen Kampfbodens abzielen, entgegenzusetzen. Bis dahin wird die sozialdemokratische Arbeiterschaft allen bolschewistischen Schamelen zum Trotz eiserne Disziplin zu wahren wissen!

arbeit muß intensiver als zuvor mit festem Willen inner- und außerhalb unseres Bundes in Angriff genommen werden. Ten arbeitslosen Mitglieder muß durch stete Fühlungsnahme mehr Augenmerk geschenkt, der Jugend in unseren Reihen der ihr zukommende Platz eingeräumt werden. Sie ist sportlich und wehrhaft zu erziehen und es ist mit ihr das beste Einvernehmen zu pflegen. Zeitgedanke muß sein:

Erziehung der Jugend, Erhaltung und Pflege des Stadtportes in allen seinen Arten und Erziehung zum Klassenkämpfer für das sozialistische Proletariat!

Daran schloß sich das Referat über „Das Sportprogramm des Bundes“.

Das Genosse Hause erstattete:

Die sportliche Tätigkeit muß in den Vordergrund gestellt werden. Es darf kein Berliken im Unterhütungs- und Verschönerungswesen geben. Die Zeitzeit verlangt: entschlossene, kampfgestaltete Menschen. Der Sport darf nicht individuell betrieben werden. Schon die sportliche Betätigung muß dahin gerichtet sein, daß Menschen errogen werden, die in den Kampf der Arbeiterschaft zur Bekämpfung vom kapitalistischen Joch aktiv einzugreifen imstande sind. Deshalb Umstellung des Sportbetriebes: Vom Gesellschaftssport über Massensport zur wehrhaften Erziehung. Dem Kampfsportwollen der Jugend muß Rechnung getragen werden. Darum Aufnahme des Rennfahrens in das Sportprogramm unter vollständiger Ablehnung des Profisportes. Erhöhte Pflege des Mannschafsportes ist notwendig. Beachtung der Leistungsprüfung im Arbeitersport. Das Ziel heißt: Erfassung der Massen im Wehrsport. Der einzige Ausweis über die erarbeitete und vollbrachte Leistung ist jedoch nur das Leistungsbuch! Wir wollen keinen Rekordeport, keine Sportmanöven, keinen Personenkult. Unser Sport muß möglichst alle Erfolge, muß Mittel und Zweck sein. An der Förderung dieser Ziele müssen alle mitarbeiten. Einheitsfront im Handeln für diese muß Leitmotiv sein.

Wir erstreben Gewinnung der Jugend für die Ziele der Massenbewegung Arbeitersport, Erziehung der Massen zum Massensport, zur Wehrhaftigkeit, zum wirklichen Arbeitersport!

In diesen beiden Referaten entwickelte sich eine stellenweise recht anregende Debatte, an der sich die Genossen Hudebel-Eichwald, Holleininger-Lager, Kunert-Zwitlow, Rih-Neuttschlein, Stindel-Preßburg, Zirm-Oberhohenelbe und Bloß-Gischern beteiligten.

Besondere Aufmerksamkeit erregten die Ausführungen des Abg. Genossen Kremser, der sich neben organisatorischen Fragen vor allem mit der politischen Stellung des Bundes seit des Teischer Verbandstages befaßte. Unter Beifall des ganzen Verbandstages stellte der Redner fest, daß der Anschluß an die DAZG und das Bekenntnis zur sozialdemokratischen Partei, das die übergroße Mehrheit des Bundes ablegte, keine Spaltung des Bundes bedeutete. Dann wandte sich Genosse Kremser der Frage der Einheitsfront zu und stizzierte auch

die Tätigkeit des sozialdemokratischen Klubs bei der Einführung der Autosteuer zugunsten der proletarischen Motorradfahrer.

Die Delegierten des Verbandstages fanden sich am Ostermontag abends zu einem Festabend im Volkshaus zusammen. Gen. Feistauer richtete namens der Bezirksorganisation und der Lokalorganisation der Partei sowie der Stadt-Auffig herzliche Begrüßungsworte an die zahlreich Erschienenen. Aus dem reichhaltigen Programm sei vor allem erwähnt das Kunstfahren der Radfahrer, das neben Geschicklichkeit auch Geistesgegenwärtigkeit erfordert. Vorbildlich waren auch die Übungen der Turner und Turnerinnen sowie die einzelnen Tänze. Tadellos wie immer sang das altschwäbische Doppelquartett. In einem passenden Schlußbild wurde die Kraft der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen gezeigt. Martin Müller vom Auffiger Stadttheater sprach eine Reihe gutgehaltener Gedichte, die dank ihrer trefflichen Wiedergabe stürmischen Beifall auslösten.

Die Beratungen am Ostermontag galtten vor allem den zahlreichen vorliegenden Anträgen, die sich mit dem ausgebauten Unterstützungswesen des Bundes beschäftigten.

Als neuer Gruß des Bundes wird das Wort „Freiheit“ und die ausgestreckte, geballte Faust eingeführt.

Neber Vorschlag der Wahlkommission wurden folgende Genossen in den Bundesvorstand gewählt:

- 1. Obmann: Josef Feistauer, Karbiß, 2. Obmann: Josef Müller, Teischen, 3. Obmann: W. R. Hause, Turn; 1. Kassier: Gustav Hart, Turn, 2. Kassier: Franz Böwe, Probstau; 1. Schriftführer: Gustav Prohaska, Turn, 2. Schriftführer: Josef Bräuer, Karbiß; technischer Leiter: Otto Reumann, Karbiß; Redakteur: W. R. Hause; Samariterleiter: Anton Jäger, Soborten; Pfeifler: Franz Schiller, Wteln, Josef Ender, Komotau, W. Hudebel, Eichwald, Karl Fister, Teischen, Adolf Franz, Karbiß, Johann Ruzera, Karbiß, Rudolf Bloß, Gischern.

Die Exekutive besteht aus den Genossen: Josef Feistauer, Karbiß, Gustav Hart, Turn, Gustav Prohaska, Turn, Karl Hause, Turn, Franz Böwe, Probstau, Anton Jäger, Soborten.

Außerdem wurden noch die Kontrollkommission, die Bundetechniker, die Pressekommission und das Bundesschiedsgericht gewählt.

In seinem Schlußworte sagte der Vorsitzende Genosse Böwe die Ergebnisse der Konferenz zusammen.

Der Verbandstag konnte sich diesmal, frei von allen politischen Diskussionen, erster organisatorischer Beratung zuwenden. Es wird die Aufgabe der Delegierten sein, in den Bezirken und Bezirken im Sinne der aufgestellten Richtlinien zu wirken und den Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund als ein würdiges Glied in die Reihe der übrigen Arbeiterorganisationen einzureihen. Der gesamten Arbeiterbewegung sind neue, wichtige Aufgaben gestellt. Mit dem Blick auf den heroischen Kampf, den Deutschlands und Oesterreichs Arbeiterschaft gegen die sozialisierte Reaktion ausführt, wird auch die subten-deutsche Arbeiterschaft ihre Kampfaufgaben zu erfüllen haben. Die Arbeiter-Radfahrer werden in diesem Kampfe nicht fehlen!

Mit dem neuen Bundesgruße „Freiheit!“ wird der Verbandstag geschlossen. Die Delegierten singen begeistert das Lied der Arbeit.

Am Nachmittage fand gleichfalls im großen Volkshausaale die Generalversammlung der Genossenschaft statt, die sich mit den organisatorischen Fragen des Fahrradhauses und mit dessen Ausgestaltung ausführlich beschäftigte. F. S.

KARL UND DAS 20. JAHRHUNDERT Roman von Rudolf Brunngraber

Copyright by Sodelite-Verlag, Frankfurt am Main 1931

Diese geschwächten, schlecht versorgten, aus dreizehn Nationen zusammengewürfelten Truppen hatten die Grenze 29 Monate lang gehalten. Nun konnten sie, wie das ausgehungerte Hinterland, einfach nicht mehr weiter. Das Durchschnittsgewicht eines Mannes betrug bei einer Kompagnie 50 Kilogramm. Die Erschöpfung hatte einen Grad erreicht, der die Regierung veranlaßte, durch den Prinzen von Parma, der in der belgischen Armee diente, in Paris eines Sonderfriedens wegen vorzuschlagen. Wie in Galizien, in Serbien und in der Dobrudscha wurden nun auch am Jhango deutsche Soldaten und deutsches Material eingezogen. Die Schlacht zwischen Blitsch und Tolmein ausgenommen, dauerte vom 24. Oktober bis zum 11. November und führte zur Zerstörung des Segners. Er zählte neben (nur) 10.000 Toten und 30.000 Verletzten 400.000 Versprengte. Die Zweite und Dritte italienische Armee (250.000 Mann) wurden gefangen. Den in Auflösung befindlichen Rest singen erst hinter der Piave elf eissa herbeigeholte englische und französische Divisionen auf.

Um diese Zeit brach in dem Gefangenen-Sammelager in Samarland die letzte Ordnung zusammen. Eine tschechische Lesung hatte sich schon nach der Revolution eingestellt. Die Unruhe wich nicht mehr von den Gewütern. Den einem Tag auf den anderen erwartete man große Veränderungen. Nun war die Garnison einfach auseinandergegangen an ihrer Stelle erschienen Bogardisten und bolschewistische Agitatoren, die

auch den Gefangenen, obgleich man sie noch festhielt, die Weltrevolution predigten. Karl, der zutiefst war und besonders seit der Gründung der tschechischen Legion unter der allgemeinen Verwirrung litt, wurde vor Fragen gestellt, die ihm völlig fremd erschienen. Er hatte sich nie für Politik interessiert, aber er hatte dort, wo sie am sichtbarsten wirkte, nämlich, wo sie überkommene Einrichtungen angriff, sogar Abneigung gegen sie empfunden. Alles Historische, alles, was ein hohes Alter hatte, letzte ihm einen ehrwürdigen Zauber ins Blut. Das nahm ihn auch gegen die Sozialisten ein, deren System ganz aus dem Verstand kam. Dabei war er auch durch seinen Vater beeinflusst, der die Sozialdemokraten ihrer Gottlosigkeit wegen haßte. Vor allem aber hatte Karl, der das Glend seiner eigenen Familie nur der Trunkucht seines Vaters glaubte zuschreiben zu müssen, immer an der Gerechtigkeit der Dinge festgehalten. Der tiefe Glaube, daß jeder der Schmeiß seines Glüdes sei, hatte ihn daher nicht verlassen. Und gerade die'et Optimismus isolierte ihn von den wirklichen Weltunannehmlichkeiten um so mehr als er, aufs Ganze gesehen, auch nichts von ihnen wußte. So beeindruckte ihn die russische Revolution nur insoweit, als sich die strategische Lage der Mittelmächte damit gebessert hatte. Bestürzend aber waren für Karl die Zustände im Lager, wo sich die Gefangenen nicht nur in nationale, sondern auch in politische Gruppen ge'ondert hatten und teilweise mit den Rotgardisten gegen Tschechen und Weiskardisten, teilweise mit den Tschechen und Weiskardisten gegen die neue rote Front kämpfen wollten. Das einzige Absolute das Karl dem allgemeinen Wirrwarr entgegenzusetzen vermochte, war sein heftiger Wunsch, so bald als möglich heimzukommen. Zwar wurden die Auswafflungen, die bereits in Gang waren, weniger nach Losart'ben als politischen Gesichtspunkten durchgeführt — die Bolschewiki legten Wert darauf, Agitatoren

nach Mitteleuropa zu schmuggeln —, aber Karl sollte Glück. Ein wolgadeutscher Emfär reichte ihn in einen Kranzentransport ein, den das schwedische Rote Kreuz übernahm. Mitte Dezember spazierte Karl als Reforbalezent in den Straßen Stockholms und zu Neujahr (1918) traf er halbwegs gesund in Wien ein. Er erfuhr seine Beförderung zum Oberleutnant, die seit Mai 1917 fällig gewesen war, bekam rückwirkend die Wagenbifferenz ausbezahlt und meldete sich, als bei einem Abendbesuch e'n entp'rdender Appell versehen worden war, in den Flieger. Er handelte dabei unter dem Eindruck, daß Beer brauche ihn hier notwendiger als bei der Artillerie.

Wäre seine Mutter nicht gewesen, Karl hätte auf den zweimonatigen Heimfchreterurlaub verzichtet. Er fand das kleine Weib in einem Zustand, an dem sich seine Bereit'chaft für die Front wie ein verbredertes Vorhaben zerlegte. Das kleine Weib war um Elekt abgemagert und hatte weiße Strähnen im Haar. Da es ihr an Kleidern mangelte — trotz ihrer Eigentümlichkeit, die besseren Sachen jahrelang ungetragen im Kasten hängen zu lassen —, ging sie auch in Hause in dem blauen Arbeitsittel des Straßenbahn-bauhofs herum. Das Glend hatte an ihr gearbeitet, alle Schäden waren bis an die Oberläde gestreut und nichts blieb mehr verborgen. Ihr Gang hatte nun etwas noch vorne Fallendes angenommen, als wäre selbst der aufgeschrie Körper den Weinen zu schwer. Karl sah in einen Abgrund. Bereits in der Seminarzeit war ihm lange gewesen, mit der Erziehung für diese zermürbten Glieder zu spät zu kommen; nun hatte sich noch ein unerlöser Krieg danischengewälzt. Eine Hoer'ause von Bogard bis Jpern und eine weite von Jerusalem bis Desfinafors, ein Himmel voller Geschosse die Weltgeschichte stand zwischen ihm und seiner Mutter. War es sehr schlimm? fragte er verzagt, während der Wintertag durch den Vorhang herein schien wie vor zwanzig Jahren.

da er an der Tischkante hier seine ersten Schulaufgaben gemacht hatte. Nein, sagte das kleine Weib, aber ich mußte arbeiten, auch deshalb, weil ich dem Vater etwas nachschiden wollte. Du glaubst nicht, wie schlecht er jetzt aussieht. Karl erfuhr, daß sein Vater nun einer Fliegerabwehrbatterie auf der Insel Brazza in Dalmatien angehörte. Das klang einigermaßen tröstlich. Um so besorgniserregender war für ihn der Zustand seiner Mutter. Sie schien auch sonderbar wirr. Ob er glaube, erkundigte sie sich einige Male, daß das Geld wieder seinen alten Wert erlangen werde. Ueber diesen Punkt hatte sich Karl bei der Wagnernachzahlung selbst verwundert. Man zahlte ihm ein Vermögen aus. Bis ihm dann ein Kilo Keffel mit sieben Kronen angedreht worden war, einem Betrag, für den man früher die Ernte eines ganzen Gartens hatte ersehen können. Trotzdem befremdete ihn die wiederholte Frage. Und auf seine Bemerkung, daß gerade ihr das doch gleichgültig sein könnte — denn hier wären es einmal die armen Leute, die nichts zu verlieren hätten —, gab das kleine Weib keine Antwort.

Wie sie überhaupt wenig redete, nachdem sie die erste große Erleichterung herausgeweint hatte. Sie ging in ihrer unverändert sauber gehaltenen Wohnung, in der sie nun immer allein war, mit einer Gedrücktheit hin und her, die etwas Unnahbares hatte. Sie war sechzehn Monate ohne Nachricht von ihm gewesen und das hatte sie wohl zu weit in die Hoffnungslosigkeit hineingeführt, als daß man sie nun sofort wieder hätte zurückrufen können. Auch dauerte der Krieg weiter und die jetzige Erlösung war keine. Denn hinter ihr lauerte die Angst, den versteinerten Weg noch einmal machen zu müssen. Karl sah dies alles, und die alten Bilder aus den Wächlichen und Diensttagen noch hinzu, aber mit aller Innigkeit konnte er die Kluff nicht überbrücken. Zuviel stand dazwischen, das ihm nicht unterworfen war. (Fortsetzung folgt.)

Oesterreichs Arbeiter auf der Wacht!

Reichskonferenz in Wien / Danneberg: Die Entscheidung liegt noch vor uns!

Wien, 18. April. In einer außerordentlich schweren Zeit trat Samstag im Favoritener Arbeiterheim die Reichskonferenz der österreichischen Sozialdemokratie zusammen. Ihre Aufgabe war es, die Politik der Partei unter den durch die Ereignisse in Deutschland und in Oesterreich geschaffenen Verhältnissen zu bestimmen. Nicht nur die starke Beschädigung durch die Organisationen, sondern auch die Teilnahme zahlreicher Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen unterstreichen die Bedeutung, welche dieser Tagung zukam. Als Vertreter der Internationale war der Brouderer für den Internationale Gewerkschaftsbund Citrine amwesend.

Wenn die Gegner der Sozialdemokratie erwarteten, daß die Geschlossenheit der Partei durch die Ereignisse der letzten Monate gelitten habe, so wurden sie durch den Verlauf der Konferenz schlagend widerlegt. Nicht nur aus dem politischen Referat, sondern auch aus der Debatte, in welcher die Ansichten aller Glieder der großen österreichischen Arbeiterbewegung zum Ausdruck kamen, sprach der Geist der Enschlossenheit und Ruhe und der feste Wille, unbereit durch Drohungen von rechts und Hohn von links den für richtig erkannten Weg weiterzugehen.

Nach der Eröffnung durch Seis und den Ansprachen de Brouderes und Citrines erstattete das Hauptreferat

Genosse Danneberg.

Er gab zuerst eine kurze Uebersicht der Entwicklung in Deutschland und stellte dann fest, daß die österreichische Arbeiterchaft jetzt Wochen einer Uebergangszeit durchlebt, von der man noch nicht genau sagen kann, wohin der Weg endgültig führt. Durch den Sieg Hitlers in Deutschland ist die ganze Weltpolitik ins Wanken gekommen. Fünfzehn Jahre nach dem Weltkriege wird die Parole „Nie wieder Krieg“ überdönt von dem Geschrei des Nationalismus, der die Welt wieder in Brand stecken will. Für Oesterreich würde ein Abweichen von der Neutralität bedeuten, daß das Land als Kriegsschauplatz verwendet werden würde. Der Kampf um die Neutralität ist aber heute gleichbedeutend mit dem Kampfe gegen den Faschismus.

Die Regierung Dollfuß macht eine zwiespältige Politik: auf der einen Seite gegen die Nazi und auf der andern Seite gegen den Marxismus. Einem solchen Zweifrontenkrieg wird sie nicht lange gewachsen sein. Darum bedeutet der heutige politische Zustand einen Uebergang, aus dem das Land herauskommen muß nach der einen oder anderen Seite!

Wenn heute die Ungebuld vieler Tausender Proletarier glaubt, daß wir entscheidende Stunden schon veräumt hätten, so sage ich darauf umgekehrt: Die Entscheidung wird erst kommen!

Welche Lösungen sind nun für Oesterreich möglich? Der konsequente Antimarkismus endet bei der Diktatur. Das kann in der Form geschehen, daß die Nazi in die Koalition aufgenommen werden; dann würde die Regierung Dollfuß das Schicksal des Herrn von Papen erleiden. Dann ist es die christlichsozialistische Partei, die man hätte dabei von der jetzigen Politik der Regierung sagen: Die Christlichsozialen begehen Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

Die Entwicklung kann aber immer noch auch einen anderen Weg gehen und wir wären töricht, wenn wir das nicht sehen wollten.

Daß Machtkämpfe mit Verfassungsverhandlungen enden, ist schon öfter in der Geschichte dagewesen.

Daß wir in der Defensive sind und den Faschismus abzuwehren haben, darüber müssen wir uns klar sein. Auch darüber, daß man heute nicht weiß, ob es überhaupt bald zu Verhandlungen über die Verfassung kommen wird.

Es gibt noch eine Möglichkeit. Es kann sein, daß dieses Regierungssystem wankend wird, weil seine finanziellen Grundlagen zerbrechen werden. Freilich, wenn man diese Möglichkeit ins Auge faßt, dann braucht man für seine Politik eine Eigenschaft, die heute begrifflicherweise immer weniger zu finden ist, man braucht dann ein gewisses Maß von Geduld. Ich wundere mich nicht darüber, daß die Massen es nicht ertragen wollen, daß sie, von Hunger und Not gequält, auch noch rechtlos gemacht werden sollen. Aber wenn auch in den Massen die ruhige Ermüdung kaum noch Raum findet, wäre es doch falsch, wenn die Vertrauensmänner nichts anderes täten, als dieser Stimmung Ausdruck zu geben. Für denjenigen, der sich verantwortlich fühlt für das Schicksal des Volkes, für den ist es keine Schande, wenn er zögert und wenn er überlegt, sondern zu schämen hat sich nur derjenige, der ihm dabei unläutere Motive unterstellt!

Manche glauben, man müsse nur dorthin gehen, wo die Leute sagen, daß es ehestens losgehen wird. Revolutionärer Geist ist gut, ist unerlässlich, aber ohne Verständnis der Lage und Dinge geht er fehl und ist eine Vergeudung wertvollster Kraft. Es ist schwer, über den Augenblick des Ernstfalles zu reden. Ein Generalstreik ist heute etwas anderes, als er es in normalen Zeiten war. Heute wird es wohl in gelegte Betriebe, aber keine getreuzten Arme geben. In diesem Kampfe kann es einen lockenden Dritten geben, das sind die Nazi, die uns heute mit ihren absonderlichen Behauptungen in einen Kampf hineinzuziehen wollen, damit sie dann im Blute der Arbeiter ihre braune Wäsche waschen können. Glauben wir auch nicht, daß revolutionäre Erhebungen irgendwo besoffen werden können, sondern eine revolutionäre Erhebung kann nur aus der Leidenschaft der breiten Masse erwachsen, wenn das Gefühl durch die Massen geht: Es muß sein! Solche Augenblicke können sehr wohl kommen.

In einer anderen Lage hat Viktor Adler das Wort gesagt: „Dem Kiebig ist kein Spiel zu hoch.“ Und wenn ich in diesen Wochen sehr oft von Leuten, die keine Parteigenossen sind, Worte des

Stauens gehört habe, so muß ich sagen, von der Sympathie solcher Leute haben wir in solchen Augenblicken wenig! Das ist auch in der Politik so, daß die Kiebigen beiseite müssen und

daß zu entscheiden nur die haben, die dabei sein werden, wenn es ernst wird!

Es gibt Gegner, die töricht genug sind, die Geduld und das Verantwortungsgedühl, das wir haben, als Schwäche anzulegen und die meinen, daß, wenn sie die österreichische Sozialdemokratie wirklich vernichten wollen, die österreichische Sozialdemokratie schweigend untergehen wird. Diesen Gegnern sage ich von dieser Stelle aus, daß sie in einem gefährlichen Irrtum leben! Das, was wir heute brauchen, ist für die neue Zeit die alte Parole: Nicht einschüchtern lassen, aber auch sich nicht provozieren lassen, nur ja nicht glauben: Alles oder nichts. Befreit von der Erkenntnis, daß der Nacht der Konterrevolution der Morgen der Freiheit folgen wird, sollen wir in dieser kritischen Stunde zusammensetzen, bereit für alles, was notwendig werden kann!

An das mit lebhaftem Beifall ausgenommene Referat schloß sich eine ausführliche Debatte, die auch den zweiten Tag der Reichskonferenz ausfüllte. Zahlreiche Vertrauensmänner kamen zu Wort. Aus allen Reden ging die starke Radikalisierung der Arbeiter hervor, die durch ihre Vertrauensmänner immer wieder forderten, daß dem Faschismus in Oesterreich keinerlei Konzessionen gemacht werden. Im Laufe der Diskussion sprachen auch Otto Bauer, Karl Ren-

ner und für die Internationale Friedrich Adler. Es wurde schließlich eine Resolution

einstimmig angenommen, in der es heißt: Die Ereignisse der letzten Woche haben dem österreichischen Volk einen Anschauungsunterricht über den unerföhllichen Wert der Demokratie gegeben. Der Kampf um die Demokratie ist untrennbar verbunden mit dem Kampf um die Neutralität Oesterreichs gegenüber allen Kriegsanschlüssen und damit um die Sicherstellung des Friedens des Landes. Die Vertrauensmänner der Arbeiter fast ganz Oesterreichs stellen fest, daß die Ereignisse der letzten Woche in der gesamten Arbeiterklasse die größte Erregung und Verbitterung hervorgerufen haben, wie sie der österreichische Staat seit dem Umsturz nicht mehr gekannt hat.

Angeichts der bedrohlichen Lage des Landes faßt die Reichskonferenz folgenden Beschluß: Seit Ende März hat die Regierung, die bis dahin vorgab, zu Verhandlungen über die verfassungsmäßige Beilegung des Konfliktes bereit zu sein, ihre Pläne offenbar geändert. Sie hat die in Aussicht gestellten Verhandlungen nicht begonnen und sich auf eine lange Dauer des verfassungswidrigen Zustandes eingerichtet.

Angeichts dieser Entwicklung der Politik hält die Reichskonferenz fest, daß die Aussichten auf eine friedliche demokratische Entwicklung des Verfassungskonfliktes immer geringer geworden sind. Die Lage ist überaus ernst. Sie fordert, daß sich die Arbeiterklasse auf alle Eventualitäten vorbereitet. Die Entscheidung liegt nicht hinter uns, sondern vor uns.

In weiteren Beschlüssen befahte man sich dann mit der Feier des 1. Mai. Die Regierung in Oesterreich versucht nämlich, die Waiseier der Arbeiterchaft dieses Jahr zu verbieten. Die Reichskonferenz hat aber den Beschluß gefaßt, dies zurückzuweisen und die Waiseier der österreichischen Arbeiter zu erzwingen.

Parteitag von Avignon auf Seite Blums.

Fraktionsmehrheit unter Renaudel überstimmt. Dreiviertelmehrheit gegen einen Regierungseintritt.

Paris, 17. April. In den Osterfeiertagen tagte in Avignon der außerordentliche Kongreß der sozialistischen Partei Frankreichs, um über die Gesamtaktualität der Partei in der Frage der Haltung gegenüber der Regierung und den übrigen Linksparteien zu entscheiden.

Der Kongreß war von 400 Delegierten der Kreisorganisationen besetzt; als Gäste wohnten mehrere tausend Parteigenossen, darunter auch zahlreiche Vertreter aus dem Ausland, den Verhandlungen bei.

In der Partei und im Klub bestanden seit den Wahlen im vorigen Mai Differenzen zwischen den Ansichten des rechten und des linken Flügels der Partei, die vor sechs Wochen in dem Rücktritt des Klubvorsitzenden Leon Blum und des Sekretärs des Klubs, Vincenz Kurziol, gipfelten. Die beiden verteidigten die Beschlüsse der früheren Parteikongresse, die eine Unterföhlung der nichtsozialistischen Parteien der Linken zulassen, aber einen Eintritt der Sozialisten in die Regierung ablehnen.

In der Kongreßdebatte ergab sich, daß im Gegensatz zur Kammerfraktion, wo die Rechte unter Renaudel ziemlich stark ist, der Kongreß zum überwiegenden Teil die Politik Leon Blums billigt, d. h. gegen den Eintritt der Sozialisten in die Regierung und auch gegen eine erweiterte Unterstützung der Regierung ist.

Trotzdem hörte der Kongreß den Sprecher des rechten Flügels, Renaudel, im ganzen aufmerksam an. Renaudel beantragte eine Resolution, welche den eventuellen Eintritt der Partei in die Regierung zur Erwägung empfiehlt.

Kurziol, Lebas, Paul Faure und Leon Blum kritisierten scharf den Standpunkt der Mehrheit des Deputiertenklubs und appellierten an die Partei, ihren Willen im Sinne der reinen sozialistischen Lehre zu äußern. Sie bekämpften die Opportunisten und appellierten an die Einheit der sozialistischen Bewegung, indem sie den Gedanken einer Spaltung der Partei ablehnten.

Die Resolutionskommission machte sich die Resolution Blum zu eigen, die dann in einer Nachsitzung vom Plenum des Kongresses mit der Dreiviertelmehrheit von 2807 Mandatsstimmen angenommen wurde.

Die Mehrheitsentscheidung Blum-Faure nimmt auf die Regeln Bezug, die die früheren Parteitage der sozialistischen Kammerfraktion vorgeschlagen haben. Im Uebrigen wird darin betont, daß die sozialistische Partei eine Partei des Klassenkampfes, nicht aber eine Partei der Reformen sei und daß die parlamentarische Aktion nur eines der Aktionsmittel der Partei darstellen könne. Die Resolution kritisiert und verurteilt ferner an einigen Stellen das Verhalten der Kammerfraktion und erklärt, keine taktische Erwägung dürfe die sozialistische Kammerfraktion zu Handlungen oder zu Abänderungen bestimmen, die die Art der sozialistischen Partei verformen.

Die Resolution Renaudels erhielt nur 925 Mandatsstimmen, d. i. 23 Prozent der Kongreßmandate der Partei, jedoch die Zweidrittelmehrheit der Parteibeamteten. Für die dritte Resolution der extremen Linken wurden 220 Mandatsstimmen abgegeben.

Renaudel erklärte nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Abstimmung, daß die Mehrheit der Kammerfraktion ihre Taktik fortsetzen werde.

Der Kongreß schloß somit unter Wahrung der Einheit der Partei, doch wurde die zwischen den beiden Parteirichtungen bestehende Kluft nicht beseitigt.

Die Unabhängigen gehen zur Komintern.

Eine naive Anfrage an Moskau.

Derby, 17. April. Der linke Flügel der englischen Arbeiterpartei, d. i. die sogenannten Unabhängigen, beschloßen am Sonntag, alle Beziehungen und Verbindungen zu der Zweiten sozialistischen Internationale abzubrechen und sich der Dritten kommunistischen Internationale anzuschließen.

Der Reichsvollzugsausschuß erhielt die Mitteilung, die Moskauer Zentrale der kommunistischen Internationale um Informationen zu ersuchen, wie sie die bolschewistische Revolution in England durchführen könnten.

Japanischer Vormarsch nach Süden.

Englische und amerikanische Interessen gefährdet.

Beiping, 18. April. Die Japaner griffen in den letzten Tagen mit starken Kräften südlich der Großen Mauer an. Schließlich gelang es ihnen, die Chinesen auf das rechte Luau-Ufer zurückzuwerfen. Damit haben sie ihre Stellung südlich der Großen Mauer beträchtlich gefestigt und den Chinesen ein Territorium von etwa 250 Quadratmeilen südlich der Mauer entziffen.

Ueber Tung-Tschau, einer 20 Km. östlich von Beiping gelegenen Stadt, warfen Dienstag früh japanische Flugzeuge Bomben ab, die außerhalb des Stadtgebietes niederfielen.

Die Lage kompliziert sich jedoch insofern sehr stark, als in diesem Gebiet bereits die Interessen ausländischer Staaten durch den japanischen Vormarsch bedroht erscheinen. So mußten bereits die zwischen Tientsin und Tchingwangtso gelegenen, den Engländern gehörenden Kohle-

bergwerke geschlossen werden. In dem besetzten Gebiet siedeln auch viele Amerikaner, für deren Leben und Eigentum die höchsten chinesischen Stellen Besürchtungen äußern.

Washington, 18. April. Im Staatsdepartement verfoßt man die Vorgänge in Nordchina mit größter Aufmerksamkeit. Man beabsichtigt jedoch nicht, die zum Bahnstich an der Linie Tientsin-Beijing stationierten amerikanischen Truppen zurückzuziehen.

Der amerikanische Senat hat heute den Gesetzentwurf angenommen, der den Präsidenten ermächtigt, die Ausfuhr von Waffen und Munition nach einem Lande, das einen Angriffskrieg unternehmen würde, zu untersagen. Diese vom Parlament bereits angenommene Vorlage richtet sich offenbar gegen Japan.

G. P. meldet sich!

SOS-Ruf aus der „Bohemia“.

Der Eieranz der „Bohemia“ hat zu Ostern seinen Höhepunkt erreicht — folglich ein Osterieranz. Die Eier sind zwar immer noch braun, aber diejenigen Leute, von denen die „Bohemia“ gern haben möchte, daß sie farbenblind seien, sollen glauben, es handle sich um „demokratische“ Naturprodukte. Gelegt hat diese Eier der Herr G. P., also der Abgeordnete Gustav Peters, dessen Gogacker wir bereits ganz gut zu deuten verstehen, obwohl wir nicht, wie Jung-Siegfried, die Sprache der Vögel verstehen.

Herr G. P. versucht mit krausem Stil, der der Anordnung seiner Gedanken entspricht, zweierlei: auf der einen Seite will er vor den demokratischen Lesern eine glaubwürdige Entschuldigung dafür anbringen, daß die „Bohemia“ bisher in der Beurteilung der reichsdeutschen Vorgänge sich „Beschränkung auferlegt“ hat, auf der anderen Seite will er gleichzeitig weiter in Hitler-Begeisterung machen und doch auch der tschechoslowakischen Demokratie gut zureden, sie möge nur ja von der Anständigkeit und Aufrichtigkeit der demokratischen Freiheitspartei — und „Bohemia“ — Grundzüge überzeugt sein. Zunächst hätte die „Bohemia“ „abwartende Distanz“ zu den Dingen gehalten (weil angeblich es nichts zu machen ist), jetzt aber, schreibt er, gestatten es „die sich überstürzenden Ereignisse“ (lieh: die Massen-Abstellungen der „Bohemia“) nicht mehr, kritisch zu bleiben. „Die maßvolle Kritik ist uns vielseitig übel vermerkt worden“, erzählt der Peters — aber das sei belanglos. Wirklich? Erzählen Sie das der Frau Blasko. Herr Abgeordneter, daß Ihnen das wahrhaft ist! Ja, belanglos ist für Sie, was die Leser denken und wie sie denken — wenn sie nur „Bohemia“-Leser bleiben. Und weil sie das durchaus nicht bleiben wollen, wenden Sie sich jetzt wie ein Salamander und erzählen den ganz Verblödeten, daß die „Bohemia“ sogar noch einen „politischen Gewinn“ aus dieser Distanzierung“ geschöpft hätte, der darin bestehen soll, „die realen Tatsachen unseres Seins als leidenschaftliches Volk mehr als früher erkannt zu haben.“

Sofern dieser Unsinns überhaupt eine Deutung zuläßt, so nur diese groteske, daß die „Bohemia“ jetzt der Doffentlichkeit weismachen will, sie hätte mit ihrer Faschistenbegeisterung dem Sudetendeutschtum geholfen! Das glaubt aber nicht einmal der Herr Peters. Ja, weil er vom Gegenteil überzeugt ist, kritisiert er jetzt leicht nach rechts, aber gerade nur in der Tonart, die er für die Ohren Hitlers und seiner Affen in Deutschböhmen noch für erträglich hält. Und daß die „Bohemia“ auch jetzt noch nicht ihre Haltung ändern will, geht aus folgenden Sätzen des Herrn Peters hervor:

„Die erneute Möglichkeit einer nationalen Regierung in Deutschland hat selbstverständlich auch uns Sudetendeutsche mitgerissen. Sie war, aus der Distanz gesehen, unser alter Traum schon zu Oesterreichs Zeiten. Phantastisch, wie das Wachstum der Bewegung, war der Auf- und Ausbau des Programms, waren die zu seiner Durchsetzung angewandten Mittel. Ost überraschte uns dieser oder jener fühne Wurf, überwältigte uns ein Mißgriß, aber wir konnten nicht von einer Hoffnung lassen, die wir einmal gefaßt hatten. Freilich haben wir einen Lehrsatz der Demokratie nach dem andern fallen: so sehr wir es bedauerten, so wenig lag es an uns, es zu verhindern. Gerade da aber wurde um so deutlicher erkannt, was gerade uns die Demokratie sein muß.“

Der Schluß ist wieder ein Stuß! Und vor allem ist es eine glatte Lüge, daß die „Bohemia“ das „Fallen der demokratischen Lehrsätze“ (wie vornehm ausgedrückt!) bedauert hätte. Mit Riesentlettern hat sie alle hemmungslosen Reden der Hitler und Gogebels veröffentlicht, nicht ein einziges Wort des Protestes gegen alle Gewalt und Schandtat in den letzten Wochen gefunden! Sie hat den Faschismus im Reich in seinen Trunkenheitszesseln nicht nur gehindert, sondern gefördert und ist deshalb ja von der Hitler-Regierung extra belobt worden! Und nun soll man ihr glauben, daß sie in der Tschechoslowakei für die Demokratie ist — aus Demokratie? Nein, weil es in der Tschechoslowakei nicht möglich ist, Hitler-Diktatur zu spielen und weil sich diese Demokratie weder den Ganzfaschismus des „Tag“ noch den Halbfaschismus der „Bohemia“ bieten lassen will — deswegen und nur deswegen zeigen diese Faschio-Demokraten „heuer mehr Vereifshaft“ für die Demokratie. Das heißt: sie zeigen sie nicht, diese Vereifshaft, sondern sie sprechen nur von ihr und erst jetzt, da sie die Politik und die Leser zur „Distanzierung“ zwingen. Und auch von der reden sie nur und erst jetzt. Und morgen, wenn zwei Hakenkreuzler diesem Chamäleon von einer Zeitung ein über den Kopf geben, wird die „Bohemia“ auch wieder auf die allerleiseste Kritik verzichten und nur ihren „alten Traum“ aus Oesterreichs Zeit fortträumen.

Der Notenumlauf zum 15. April. Nach dem letzten Ausweis der Tschechoslowakischen Nationalbank belief sich der Banknotenumlauf am 15. April auf rund 5.747,7 Millionen K, wozu noch 694,6 Millionen Giroforderungen der Gläubiger und andere sofort fällige Beträge kommen. Demgegenüber betrug die Deckung in Gold 1.708,5 Millionen, in wertbeständigen Devisen 1.005,3 Millionen K. Daraus ergibt sich eine Golddeckung von 40,3 Prozent.

Verbandstag des Allgemeinen Angestellten-Verbandes (Reichenberg) in Karlsbad.

Der Allgemeine Angestellten-Verband Reichenberg hielt am Samstag und Sonntag im Schützenbause in Karlsbad seinen 16. ordentlichen Verbandstag ab. Verbandsobmann Ernst Stoll eröffnete den Verbandstag und begrüßte eine Reihe von Gästen: Kayer und Glaser für den Einheitsverband, Abgeordneten Eugen de Witte für die parlamentarischen Klubs, den Parteivorstand und die Kreisvertretung Karlsbad der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Abgeordneten Macoun für den Deutschen Gewerkschaftsbund Reichenberg, Bürgermeister Sacher für die sozialdemokratische Bezirksorganisation Karlsbad, Dietl für den Verband der Arbeiter und Bediensteten in Handel, Transport und Verkehr, Simon für den Müllerverband Tepitz, Herblitschka für die Kreis-Gewerkschaftskommission Karlsbad, Rudolf Bergmann für die Angestellten-Par- und Kreditkassen Reichenberg und den Vertreter der Parteipresse.

Der Vorsitzende verwies kurz auf den Ernst und Wichtigkeit der zu leistenden Arbeit. Die Delegierten erhoben sich zu einer kurzen Toten-erhebung.

Es folgten Begrüßungsansprachen Kayers vom Einheitsverband, de Wittes für die Partei, Macouns für die Gewerkschaftskommission.

Nach der Wahl der Mandatsprüfungskommission erstattet der Verbandssekretär

Florian Bergmann den Bericht der Verbandsleitung

und des Zentralvorstandes. Seine Ausführungen sind Ergänzungen und Erläuterungen zum 185 Seiten starken Berichtsbuche. Die Befürchtungen über die Auswirkung der Krise wurden noch überholt, die ganze Berichtsperiode von drei Jahren war ein steter Abwehrkampf gegen die Krisenfolgen.

Das einzige Erfreuliche ist, daß wir nicht nur den Stand unserer Sozialpolitik halten, sondern noch sozialpolitische Fortschritte erzielen konnten; es bleibt das große Verdienst des Fürsorgeaministers Dr. Czech und der freigewerkschaftlichen Parlamentarier, in diesem Staate der sozialen Reaktion keine Zugeständnisse gemacht zu haben.

Am dringlichsten ist die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit; Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft werden die Angestellten für diese grundlegende Forderung zur Krisenbekämpfung einstehen. Zum Schutze der Angestellten muß auf dem Boden des von Justizminister Reichner vorbereiteten Rüdigungsgesetzes gegen die Willkür des Unternehmensinhabers der gewerkschaftliche und politische Kampf verschärft werden. Betreffend die Unterstützungstätigkeit des Verbandes stellt der Berichterstatter fest, daß in der dreijährigen Berichtsperiode die Leistungen des Verbandes 880 Prozent der Leistungen der vorhergegangenen Periode erreicht haben. Schwer sind die Lohnverluste, die die Angestellten durch die Lohndruckpraktiken der Unternehmer erlitten haben. Zum Schutze davon fordern sie ein Tarifrecht. In den Vereinigungsbestimmungen mit dem Einheitsverbande erklärte der Redner, daß erst diese Schwierigkeiten zu beseitigen sind; dringender denn je ist aber, daß wir immer zu gemeinsamer Arbeit in gemeinsamer Front stehen. (Brausender Beifall.)

Für den Aufsichtsrat referierte dessen Obmann Rudolf Köfler. Er beantragte, der Verbandstag möge diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und dem Zentralvorstand, der Verbandsleitung und den Beamten der Entlastung erteilen. Nach einer überaus sachlichen Debatte wird dieser Antrag mit großem Beifall einstimmig angenommen.

Die Neuwahlen erfolgen in völliger Einmütigkeit. Ernst Stoll, der die Wiederwahl ablehnt, wird mit lebhafter Zustimmung einstimmig zum Ehrenobmann des Verbandes gewählt. Sodann beruft die Delegiertenversammlung einhellig den bisherigen Verbandssekretär Florian Bergmann zum hauptberuflichen Verbandsobmann und wählt den Verbandsobmann Ernst Grünzner auf drei Jahre provisorisch zum Verbandssekretär. Weiters wird beschlossen, die Mitarbeit der Exekutive und des ersten Obmannstellvertreters Kirchhof auszubauen.

Zu den vorliegenden Anträgen referiert ausführlich Bergmann. Weil eine Novelle zum Gesetz über das Center-System in Vorbereitung ist, können alle zum Beschlusse erhobenen Anträge nur provisorischen Charakter haben, weil abzuwarten ist, wie sie sich in den Rahmen dieser Novelle werden einfügen lassen. Sie sollen auch erst nach dem Erscheinen dieser Gesetzesänderung in Kraft treten. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen nach einem Ueberbrückungsantrage ab 1. Mai 1933 die monatlichen Beiträge nach den bisherigen Massen mit monatlichen Erhöhungen von 1, 2 oder 3 Ks eingehoben und die ausstehenden Unterstützungssätze in alter Höhe belassen werden.

Ueber die Anträge auf Statuten- und Geschäftsordnungsänderungen referierte Köfler. Bodenbach. Sein Antrag alle diesbezüglichen Anträge mit Rücksicht auf die wichtigen derzeitigen Aufgaben und die mit der Änderung verbundenen hohen Kosten nicht zu beraten und von der Tagesordnung abzusetzen, wird einstimmig angenommen. Von den

allgemeinen Anträgen wird eine große Anzahl zurückgezogen, die übrigbleibenden werden einstimmig dem Zentralvorstande zugewiesen.

Der durch Urabstimmung gefasste Beschluß, Sonderbeiträge zum Mitgliedsbeitrage einzuhoben, wird von der Delegiertenversammlung einstimmig genehmigt.

Ueber sozialpolitische, arbeitsrechtliche und wirtschaftliche Tagesfragen der Angestellten referierte der Verbandsobmannstellvertreter Franz Kirchhof.

Er führte u. a. aus:

Die gesamte Weltwirtschaft befindet sich in einer Krise von noch nie dagewesener Schwere und Ausbreitung. Die Methoden der kapitalistischen Wirtschaftsführung haben verag; das Chaos, in dem sich die Wirtschaft befindet, kann nicht mehr durch kapitalistische Maßnahmen gelöst werden. Nur eine Planwirtschaft ist imstande, durch eine geregelte, auf Bedarfsdeckung abzielende Erzeugung Ordnung herbei- und die Angestellten sowie die Arbeiter wieder zu einer zweckmäßigen produktiven Tätigkeit zurückzuführen. Zunächst fordert der Verband von der Staatsverwaltung, daß sie solche Maßnahmen treffe, die es ermöglichen, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzureihen. Er begrüßt daher die Absicht der Regierung, im eigenen Staate Mittel zur Beschaffung von Arbeit aufzubringen, fordert aber, daß entsprechende Beiträge aus dem Erlös der Arbeitsanleihe in erster Linie für jene Gebiete flüssig gemacht werden, die unter der Arbeitslosigkeit am stärksten leiden, daß aber auch bei der Vergebung von Arbeiten vorerst die in dem betreffenden Gebiete anlässigen Angestellten und Arbeiter beschäftigt werden. Die Angestellten fordern Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden in der Woche, durchgreifende Verbesserung der Handelsbeziehungen mit allen in Betracht kommenden Staaten. Die Angestellten nehmen entschieden gegen die Absicht bürgerlicher Parteien Stellung, die Stellenlosenunterstützung abzubauen. Der Verband dankt allen in Betracht kommenden Faktoren, ferner den Vertretern der freien Gewerkschaften in der Allgemeinen Pensionsanstalt und in der Novellierungskommission, insbesondere aber dem derzeitigen Minister für soziale Fürsorge Dr. Czech für die gezielte Festsetzung der Anrechnung, der nichtversicherungspflichtigen Dienstzeit in der Pensionsversicherung und nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß im Sinne unserer Forderungen weitere Mängel und Härten des Pensionsversicherungsgesetzes beseitigt werden sollen. Der Verband gibt der Erwartung Ausdruck, daß auch die so notwendige Herabsetzung der Altersgrenze auf das 55.

Lebensjahr für den Bezug einer Sozialrente recht bald durchgeführt wird. Zur Krankenversicherung spricht der Verband nachdrücklich aus, daß bei der Schaffung der Krankenversicherung der Angestellten die Selbstverwaltung der Versicherten und die Errichtung von Gebietskrankenversicherungsanstalten im Vordergrund stehen muß. Auf dem Gebiete der Angestelltenrechte ist die erste Forderung die nach der Schaffung eines zeitgemäßen, den geänderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen angepaßten Angestelltengesetzes. Neben der Forderung nach endgültiger gesetzlicher ganzstaatlicher Regelung der Sonntagsruhe und Ländensperre bleibt nach wie vor die Forderung nach Schaffung eines Kollektivvertragsgesetzes und gesetzlichen Tarifrechtes, nach der Novellierung der Gewerbeordnung, Errichtung von Kammern für Angestellte und Arbeiter, Aufhebung des Pektifikations- und Regionalgesetzes, Lösung der Doppelverdienfrage, Novellierung der Unfallversicherung, Förderung der Wohnungsfürsorge und nach endgültiger und einwandfreier Regelung der Forderungen der Reisenden und Vertreter hinsichtlich des Steuer-, Verkehrs-, Rechts- und Versicherungs-Wesens aufrecht. (Starker Beifall.)

Die Debatteredner trugen in sachlicher Form die besonderen Schwierigkeiten ihres Organisationsgebietes, die Abwehr der agrarischen Angriffe, die Werbung unter den Jugendlichen, die Forderung nach ausreichendem Schlingenschuß und nach Schutze für die Provisionsvertreter und Agenten vor. Eine sehr ausführliche Resolution, die die vom Referenten Kirchhof vorhergegangenen Forderungen enthält, wurde einstimmig angenommen. An ihrem Schlusse heißt es:

Der Verbandstag anerkennt mit Dank die Tätigkeit der parlamentarischen Vertreter der freien Gewerkschaften und stellt fest, daß der Verband in seiner Gesamtheit auch weiterhin die nötigen Kräfte und Mittel zur Verfügung halten wird, um den Kampf für die Sicherung und den Ausbau der sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetze und Einrichtungen erfolgreich fortzuführen.

Nach einem kurzen Referate des neugewählten Verbandssekretärs Ernst Grünzner über die Bestimmung des Ortes für den nächsten Verbandstag wird beschlossen, es dem Zentralvorstande zu überlassen, Prag oder Reichenberg zu wählen. Bei dieser Gelegenheit dankt Grünzner für das Vertrauen und ersucht um Unterstützung.

Nun nimmt der neugewählte Verbandsobmann Bergmann das Schlusswort. Er wünscht als Ausklang des Verbandstages, daß die Delegierten das, was hier erarbeitet wurde, in die Pforten und in die Mitgliedschaft tragen mögen. Den Karlsbader Funktionären gebührt Dank für die Vorbereitungen. Mit einem Hoch auf den Allgemeinen Angestellten-Verband schließt er den Verbandstag.

Die Gewerkschaften gegen den Fascismus.

Stellungnahme der Gewerkschafts-Internationale.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat der Ausschuh des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 9. bis 11. April in Zürich getagt. Die Stellung des I. G. B. zum Fascismus kommt in der daselbst angenommenen Entschliehung klar und unmissverständlich zum Ausdruck.

Der Internationale Gewerkschaftsbund bekämpft aus schärfster den Fascismus und die Diktatur in jeder Form. Fascismus bedeutet die Verneinung der Demokratie und zieht unweigerlich die Unterdrückung der Freiheiten des Volkes nach sich.

Der Krieg und die Weltwirtschaftskrise haben Zustände in Deutschland heraufbeschworen, die unsere deutschen Kollegen unermüdlich zu mildern veruchten. Dadurch haben sie sich die Achtung der Arbeiter in den anderen Ländern erworben. Sie glaubten, eine Gesundung mit den Mitteln der Vernunft und der Ueberzeugung erreichen zu können. Die Diktatur Hitlers bekennt sich zu den Methoden der Gewalt und eines übersteigerten Nationalismus, die eine große Gefahr für den Frieden bedeuten.

Es ist eine der großen geschichtlichen Tragödien, daß in Deutschland, das zu einem so hohen Stand der Kultur aufgestiegen ist, im Namen der deutschen Nation Gewalttaten begangen werden, die die Welt mit Schrecken erfüllen. Das Recht ist unterdrückt; die Gewissensfreiheit ist vernichtet; die Organe der freiheitlich-demokratischen Presse sind verboten; die Gewerkschaften werden angegriffen, ihre Mitglieder verfolgt; Gewerkschafter und Sozialdemokraten werden als Geiseln gehalten; alle mit Ausnahme jener, die der Regierungspolitik dienlich sind, sind dem Terror der Nationalsozialisten preisgegeben. Solche Taten sind eines zivilisierten Landes unwürdig, das einen Platz in der

Gemeinschaft der Nationen beansprucht.

Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der ganzen Welt und ihre Folgen: Millionen von Arbeitslosen und Kurzarbeitern, steigendes Elend, wachsende Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, sind von den Feinden des Volkes skrupellos ausgenutzt worden.

Die Kommunisten haben durch ihre Betätigung und ihre verlorene Propaganda bewußt die Kräfte der Arbeiterklasse gesplittert und dadurch ihre Widerstandskraft geschwächt.

Das Umsichgreifen des Fascismus, der sich jetzt Deutschlands bemächtigt hat, ist eine erste Warnung an alle Arbeiter geworden. Sie müssen alle Schritte unternehmen, um das Auskommen des Fascismus dort zu verhindern, wo die Demokratie noch besteht. Eine der besten Garantien für Freiheit, Frieden und Demokratie ist eine unabhängige und ungehinderte Gewerkschaftsbewegung.

Dem arbeitenden Volk Deutschlands belunden wir in keiner Schicksalsstunde unser Mitgefühl. Wir versichern den Arbeitern Deutschlands, daß sie jederzeit vertrauensvoll auf die Solidarität des Internationalen Gewerkschaftsbundes rechnen können.

Alle, die die Freiheit lieben, müssen zum Kampf gegen den Fascismus und seine Gefahren aufgerufen werden — zu einem Kampf mit Wort und Schrift, durch Organisation und Erziehungsarbeit sowie mit jedem geeigneten wirtschaftlichen und politischen Mittel. Die Herrschaft der Gewalt über die Vernunft, der eisernen Faust gegen den freien Willen, muß unsere unerlöschliche Gegnerschaft finden.

Für Freiheit, Friede, Demokratie und internationale Solidarität!

Nazis provozieren französische Grenzposten.

Paris, 16. April. Die Blätter berichten von einem neuen Fall deutscher Provokation, der sich am 11. April südlich von Strakbrugg ereignete. Zwei deutsche Memorare mit falschen Zeichnungen und Abzeichen näherten sich bis an

das französische Ufer (die Abzweiglinie liegt bekanntlich in der Mitte des Flusses) und füllten trotz dem Widerspruch der französischen Wachen die französischen Festigungsarbeiten. Die französische Gendarmerie und Gendarmen machten von der Waffe keinen Gebrauch, da sie befürchteten nur im Falle der Verteidigung davon Gebrauch machen dürfen.

Landbändler-Pläne.

Arbeitsdienstplicht, Arbeitslosenunterstützung den Agrariern, Liebäugeln mit dem Fascismus.

Jüngst tagte in Prag der Reichsparteitag der deutschen Landbändler, auf dem Gesundheitsminister Dr. Spina in genauer Erwägung der Lage der Sudetendeutschen im tschechoslowakischen Staate als Minderheit ein „flammendes“ Bekenntnis zur politischen Demokratie ablegte. Daß einzelne landbändlerische Führer den reichsdeutschen Fascismus geradezu verberlichen, beweist klar, daß in der Brust der deutschen Agrarier zwei Seelen um die Vorherrschaft ringen. Es ist unbestritten, daß in diesem Falle Minister Spina realpolitisch über jenen Parteifreunden steht, die aus wirtschaftlichen Gründen aus der Reihe tanzen.

Unter dem schön klingenden Schlagworte: „Erhaltung der deutschen Scholle“ suchen die deutschen Agrarier ihr Interesse dadurch zu wahren, daß sie sich wie immer antisozial gebürden, d. h., die Arbeiterschaft der erworbenen Rechte berauben wollen. Sie selbst wollen ihre Forderungen jedoch restlos durchsetzen! Auf dem erwähnten Parteitage der Landbändler präsentierte Abg. Böhm folgenden agrarischen Preisgesell:

„Was braucht unsere Landwirtschaft, um sich erhalten zu können?

Vor allem die Erstellung eines neuen definitiven Zolltarifs während der Zeit der Devisenwirtschaft, angepaßt an die landwirtschaftlichen Zölle anderer Staaten. Regelung der Einfuhr von Molkereiprodukten, Margarine und Rohstoffe für die Margarineerzeugung nach vorhandenem Bedarf. Kreditgewährung zur Erhaltung der Existenz unerschuldet in Not geratener Landwirte und Kleinlandwirte sowie Festsetzung von Mindestpreisen für landwirtschaftliche Produkte, Aufschub der Steuererzeugnisse und Nachlässe für die Landwirtschaft, nicht bloß Millionen für Unternehmungen; Verminderung der Uebertragungs- und Schenkungsgebühren für landwirtschaftliche Liegenschaften und Anpassung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte an die der täglichen Bedarfsartikel, Herabsetzung der Tarife und Honorare, Abschaffung der Doppelbesteuerung für Molkereiprodukte, welche an die Genossenschaften geliefert werden, sowie Anpassung der sozialen Lasten an die Tragfähigkeit der Wirtschaft und entsprechende Regelung der Kartellpreise, ferner Reorientierung unserer Außenhandelspolitik!

Beratung der Waffenpaßgebühren, weil man den Bauern und Kleinbauern, dem ländlichen Jäger, die Möglichkeit der Jagd durch unerwünschte Gebühren nicht nehmen darf.

Eindringlich sprechen wir uns für den Abbau des Mieterschutzes als ungerechte und ungesunde Zwangsmaßnahme aus.“

Ueber einige Forderungen läßt sich ohne weiters diskutieren, wie z. B. über den Ausschub der Steuererzeugnisse. Hat doch der sozialdemokratische Justizminister Dr. Reichner selbst nicht in diesem Sinne entsprechende Vorbereitungen getroffen. Die sozialistische Agrarpolitik läuft in der Hauptsache darauf hinaus, die Landwirtschaft durch eine planvolle Wirtschaft, durch Zulassung gerechter Preise die Landwirtschaft dem verderblichen Strudel der wilden kapitalistischen Spekulation zu entziehen. Mindestpreise ja, aber demgegenüber auch Mindestlöhne! Die meisten Forderungen der deutschen Agrarier wollen die Konsumenten, vor allem die Arbeiterschaft, jedoch belasten, ohne ihnen aber wirkliche Gegenkonzeptionen zu machen.

Das zeigt sich mit größter Schärfe bei der „sachlichen“ Behandlung des Arbeitslosenproblems durch die deutschen Agrarier. Die Forderung nach „Anpassung der sozialen Lasten“ an die Tragfähigkeit der Wirtschaft sagt schon, wohin man steuert; auf Abbau der ohnedies nicht ausreichenden sozialen Fürsorge. Bei der Erörterung der Arbeitslosenfrage spielt auch der Siedlungsplan eine gewisse Rolle. Der Volkswirtschaftliche Ausschuh der Gesellschaft der deutschen Land- und Forstwirtschaft in Prag hat in seiner letzten Sitzung über die Siedlungsfrage beraten und ist dabei zu folgenden bezeichnenden Ergebnissen gekommen: Man erklärt zunächst, daß von manchen Seiten (z. B. den Deutschnationalen und Nazis) aus aufgestellte Forderung, das Arbeitslosenproblem durch eine starke Innenkolonisation zu beheben oder zu mildern, undurchführbar ist, weil die hierfür notwendigen Voraussetzungen: Anlage suchendes Kapital und rentable Preisbildung bei vorhandenem Abfall vollkommen fehlen. Trotzdem sei aber der Siedlungsplan nicht gänzlich zu verwerfen. Er könne aber nur ein kleines Teilgebiet in den zu erwerbenden Maßnahmen zur Beseitigung des Arbeitslosenproblems sein. Eine merkliche Besserung könnte, sagt der erwähnte Ausschuh, nur dann eintreten, wenn folgende Forderungen erfüllt werden: Vor allem ist es notwendig, die Arbeitsdienstplicht einzuführen, die jedoch auf die persönlichen Verhältnisse und auf die Wohnungslage Rücksicht zu nehmen hätte.

Ob die geforderte Arbeitsdienstplicht auch für die kapitalistischen Nichtstuer, darunter Großagrarier, vorzusehen ist, darüber schweigt sich der famose Ausschuh gründlich aus.

Dafür gibt er folgende volkswirtschaftliche Weisheit von sich:

„Allerdings erschweren und unterbinden die sozialen Lasten und die hohen Bar-Löhne die Aufnahme von Arbeitern. Eine Unterbringung ist möglich, wenn die bisher bezahlte Arbeitslosenfürsorge bei Einstellung neuer Hilfskräfte zur Bezahlung der hienüt verbüßenden sozialen Abgaben und eines Teiles des Lohnes dem Arbeitgeber ausbezahlt werden würde (in Österreich und Deutschland durchgeführt). Eine Vorkaufung ist nur ausnahmsweise möglich, und zwar dann, wenn der betreffende Arbeitslose über genügend Kapital und landwirtschaftliche Kenntnisse verfügt.“

Statt eine staatliche Unterstützung dem Arbeitslosen zuzulassen, soll diese der Arbeitgeber (?) erhalten, und der Arbeiter soll bei herabgesetzten Löhnen für den Agrarier fleißig schuften, der obendrein noch andere staatliche Vorteile genießen soll! Ein wahrhaft „genialer“ Gedanke, der sicherlich von allen arbeitslosen Proleten begeistert aufgenommen werden wird!

Damit ist aber die volkswirtschaftliche Weisheit des in Rede stehenden Ausschusses noch lange nicht erschöpft. Erfolgversprechend, zweckmäßig und durchführbar sei eine Gartenfiedlung (Stadttrandfiedlung) im Industriegebiet . . .

„wenn sie von folgenden Grundfäden aus durchgeführt wird: Die industriellen Betriebe, die wenigstens noch teilweise beschäftigt sind, legen die Arbeitszeit teilweise herab und stellen eine entsprechende Anzahl von Arbeitslosen ein. Die Arbeitszeitverabreichung ist mit einem entsprechenden Lohnabbau zu verbinden. Als teilweisen Ersatz des abgebauten Lohnes erhalten die Arbeiter ein Stück Land zur unentgeltlichen Benutzung.“

Um diese Umschichtung von Land zu ermöglichen, ist es notwendig, daß die bisher gezahlte Arbeitslosenunterstützung der neu in den Arbeitsprozeß aufgenommenen für den Ankauf des Grund und Bodens zur Verfügung gestellt wird. Der Ankauf wäre entweder von den betreffenden Industriebetrieben, den Gemeinden oder den Bezirken durchzuführen, die dann auch als Empfänger für die weiter anzubehaltende Arbeitslosenunterstützung aufzutreten hätte.“

Es lohnt sich wohl nicht, die finanzielle technische Seite des „so einfachen“ Planes näher zu beleuchten. Daß in den industriellen Gebieten die Grundstücke, welche sich für landwirtschaftliche Zwecke eignen, meist nicht sehr zahlreich und auch nicht sehr billig sind, sei nur kurz hervorgehoben. Von der Beistellung der notwendigen Geräte etc. spricht man ebenfalls nicht. Auf jeden Fall bedeutet dieser höchst einseitige agrarische Plan keine Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit einer Million Arbeitsloser.

Eine wirkliche Lösung im sozialen Sinne lehnen die deutschen Agrarier samt ihren tschechischen Kollegen grundsätzlich ab. Selbst die von uns geforderte Bierzinstundenwage bekämpfen sie wütend.

Aus all dem ergibt sich, daß die deutschen Agrarier nur zähneknirschend der Arbeiterschaft Konzessionen machen. Am liebsten wäre den politisch ungeschulten Landbühlern am liebsten, wenn eine ähnliche Gewaltherrlichkeit hierzulande ausgerichtet werden könnte, wie sie derzeit in Deutschland besteht. Dort haben die Agrarier auf Kosten der breiten Massen jetzt gute Zeiten: ihnen wird in Schiefeln zuweilen selbst die Reparaturen ihrer Wirtschaftsgebäude geht vielfach auf Regimentskosten!

Unlere lieben Koalitionsfreunde werden auf tun, ihre antisozialen und antidemokratischen Gesinnungen kräftig zu dämpfen, denn in diesem Staate werden sie niemals allein diktieren . . .

Die Herabsetzung des Zinsfußes.

Nach dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb im Bankwesen besteht ein Geldbeirat, der Beschlüsse u. a. über die Höhe der Zinsfüße fassen, welche die Regierung dann in Verordnungswege durchführen kann. Wir haben nun bereits berichtet, daß der Geldbeirat Vorschläge für die Herabsetzung der Zinsfüße tatsächlich gemacht hat und die Regierung hat nun diesen Vorschlägen bindende Kraft verliehen. Die Verordnung wird am 1. Mai in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen veröffentlicht werden. Der Höchstfuß für Kredite wird in den historischen Ländern 8 2/3 Prozent, in der Slowakei und Karpathenland 8 1/2 Prozent betragen, was gegen die früheren Zinsfüße von 10, 12 1/2 und 15 Prozent eine gewisse Erleichterung für die kreditnehmende Industrie ist. Durch die Zinsherabsetzung soll eines der Hindernisse der Anlaufbahn der Wirtschaft hinweggeräumt werden, inwiefern der niedrige Zinsfuß eine Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei tatsächlich wird herbeiführen können, darüber wird letzten Endes die volkswirtschaftliche Entwicklung entscheiden.

Der „Sokol“ gegen bürgerliche Rechtsabtreter. Vor einigen Tagen haben die nationaldemokratische Zeitschrift „Samostatnost“ und nach ihr der „Kontak“, nationaldemokratische und Stöberungsblätter dem Sokolverband den Vorwurf der nationalen Verratung gemacht. Der Sokolverband verweigert sich nun in einer entschiedenen Erklärung gegen die Kritik der bürgerlichen Presse und weist die gegen ihn erhobenen Anwürfe zurück.

Eine Ohrfeige für die „Freie Schulzeitung“!

Was reichsdeutsche Lehrer zu ihrer Gesinnung sagen.

Wir werden von zwei nach Prag geflüchten reichsdeutschen Lehrern ersucht, den nachfolgenden offenen Brief an den Vorsitzenden des Deutschen Lehrervereins, Herrn G. Wolff, der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Dieser Brief ist eine Antwort auf das Schreiben, das der Deutsche Lehrerverein an den Deutschen Lehrerbund in Reichenberg gerichtet hatte. Der Deutsche Lehrerbund beging die Geschmacklosigkeit, es ohne Kommentar in der „Freien Schulzeitung“ zu veröffentlichen, sich also in Übereinstimmung zu erklären mit der Barbarei und der Geschichtsfälschung, der sich die nun in Deutschland herrschenden Nazipädagogen schuldig machen.

Hätte die „Freie Schulzeitung“ den Mut zur Wahrheit, so müßte sie den von uns wiedergegebenen Ausschrei zweier durch den Naziterror unmittelbar getrossener Lehrer ihren Lesern zur Kenntnis bringen. Sollte sie es nicht tun, so gilt die moralische Stäuung des Herrn G. Wolff, auch als an ihr vollzogen.

An Herrn G. Wolff.

Prag, den 13. April 1933.

Sehr geehrter Herr Schurat und Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins!

Mit nicht geringem Erstaunen haben die Unterzeichneten Ihren in der hiesigen Presse veröffentlichten Brief gegen die „Grenzpropaganda“ gelesen. Sie haben in diesem Briefe behauptet, daß alle Mitteilungen über angebliche Verfolgungen in Deutschland nicht den Tatsachen entsprechen, daß im Gegenteil dort jeder Mensch in Ruhe und Ordnung seinen Geschäften nachgehen könne.

Wir haben Sie, sehr geehrter Herr Schurat, bisher für einen Aestheten gehalten. Ihre Bücher und Aufsätze, besonders Ihre feingefühlte Einstellung zur modernen Geschichtsbearbeitung schien uns dazu das Recht zu geben. Ihr Brief aber beweist, daß wir uns in Ihnen getäuscht haben. Wenn Sie alles das, was deutsche Staatsbürger in den letzten Wochen an Verfolgungen über sich ergehen lassen mußten, ja, wenn Sie nur das, was Ihnen eigenen Kollegen anotan worden ist, nicht bemerkt haben, dann verfügen Sie über eine Robustheit des Gefühlslebens, die zu Ihren früheren Auslassungen in trassendem Widerspruch steht.

Wir können nicht umhin, Ihrem Gedächtnis nachzuhelfen, wobei wir uns aber auf Fälle aus Ihrem eigenen Berufsreise beschränken wollen.

Als im Anschluß an den Reichstagsbrand die ersten Verhaftungen durchgeführt wurden, befanden sich unter den Verhafteten gleich drei Berliner Lehrer: Studienrat Dr. Fritz Auzländer, Lehrer Willi Schubring und Lehrer Fritz Behes. Die beiden letzteren sind Mitglieder der von Ihnen vertretenen Organisation. Der Schurat Löwenstein in Neufölsn wurde ungefähr gleichzeitig in seiner Wohnung von Nazis überfallen und mit Erschießung bedroht. Lediglich dadurch, daß er sich in einem Zimmer verbarricadieren konnte, entging er diesem Schicksal. Rechnen Sie diese Kollegen mit zu den Staatsbürgern, die in Deutschland in Ruhe und Ordnung ihren Geschäften nachgehen können?

Der verdiente Schulfachmann Ostrowski wurde am hellen Tage von jugendlichen SA-Leuten in seiner Dienststelle Prenzlauer Berg verhaftet, unter rassistischem Aufsehen besonders der Schulschule des Bezirks abgeführt und in die SA-Kaserne in der Hedemannstraße verschleppt.

Ein Schulmann von internationalem Ruf, Dr. Kawerau, wurde aus seinem Amt entfernt, ebenfalls verhaftet und dürfte zu denen gehören, die in einem Konzentrationslager zu „wertvollen Staatsbürgern“ erzogen werden sollen.

Der Lehrer Niehner aus Chemnitz, der ebenfalls in „Schubhaft“ genommen wurde, muß unter SA-Bewachung an der Beseitigung von Wahlparolen an Häusern und Säunen arbeiten. Rohrende Volkshäuser ziehen jedesmal mit darunter befindenden sich natürlich dann auch zahlreiche bisherige

Schüler des Kollegen. Jugendliebe SA-Leute helfen mit dem Gummiknüppel nach, wenn die Arbeit nicht schnell genug geht. Diese Szenen sind fotografiert worden. Die Aufnahmen werden für 35 Pf. das Stück auf den Straßen feilgeboten.

Es ist ganz unmöglich, alle die Kollegen aufzuzählen, die aus den Provinzialschulkollegien, aus der Leitung des Berliner Schulwesens, aus Schurats- und Schulleiterstellen und schließlich aus den Schulen selbst entfernt wurden. Es befinden sich darunter Namen, denen auch Sie selbst noch vor kurzer Zeit Anerkennung gezollt haben. Wir nennen Ihnen nur einige, von denen wir wissen, daß die Betroffenen Ihnen persönlich bekannt sind: Rydhal, Karzen, Frau Gerhardt, Frau Wegscheider, Kreuziger, Hädicke, Jöbel (der anerkannte Förderer des Schulturnens), Vink, Dr. Fischer.

Im Ganzen dürfte die Zahl Hundert erreicht werden. Ein Fall aber verdient Ihre besondere Aufmerksamkeit. Es handelt sich um Ihren persönlichen Mitarbeiter Schurat Tschentscher. Jahrelang hat er als Bezirksvorsitzender Ihrer Organisation Ihre besonderes Vertrauen besessen. Haben Sie wirklich nicht bemerkt, daß auch er zu denen gehört, die heute nicht mehr ihren Geschäften in Ruhe und Ordnung nachgehen?

In Deutschland befinden sich mindestens 200, in Worten: zweihundert Lehrer in sogenannten Schubhaft. Das Hauptkontingent davon stellt das einstmalige rote Sachsen.

Hunderte weiterer Lehrer erwartet die Entlassung ohne Gehalt und ohne Pension. Tausende ihrer Angehörigen, Frauen und Kinder, sehen einer furchtbaren Zukunft entgegen, da niemand in Deutschland einem entlassenen Lehrer Arbeit zu geben wagt.

Bei Hunderten von Ihren Kollegen wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt und dabei Tausende von wertvollen Büchern beschlagnahmt und vernichtet.

Das Berliner Schulwesen wurde noch niemals so von Konkurrenzneid, Denunziantentum und Unfähigkeit beherrscht wie heute. Nationalsozialistische Lehrer werden ohne Rücksicht auf Eignung als Kommissare in Schulleiterstellen verlehrt. Zum Teil sind das dieselben Leute, die noch vor einem Jahre bei den sozialdemokratischen Schülerräten um eine Schulleiterstelle an weltlichen Schulen antickambrierten.

Sie haben unjerm Stande einen schlechten Dienst erwiesen. Sie haben dem Auslande Gelegenheit gegeben, an der Charakterfestigkeit des deutschen Erziehers zu zweifeln. Oder hat Ihr Brief eine Vorsehichte, die alles viel einfacher erklärt? Es soll Stellen in Deutschland geben, die entsprechende „Wachstet!“ mit dem nötigen Nachdruck zu verteilten pflegen.

Wir nehmen zu Ihrer eigenen Ehre das letztere an. Aber auch in diesem Falle hätten wir mehr Mannhaftigkeit von Ihnen erwartet.

Zwei deutsche Kollegen.

Mildes Urteil in Moskau.

Macdonald zwei, Thornton drei Jahre Gefängnis.

London, 18. April. (Reuter.) Im Schädigungsprozeß wurde heute das Urteil verkündet. Von den angeklagten Engländern wurde Grogory freigesprochen, Macdonald erhielt zwei, Thornton drei Jahre Gefängnis. Die anderen Angeklagten britischer Staatsangehörigkeit wurden zu Deportation, die innerhalb drei Tagen zu vollziehen ist, verurteilt.

Gegen die angeklagten Russen wurden langjährige Freiheitsstrafen ausgesprochen. In keinem Falle hat das Gericht dem Antrage des Staatsanwaltes auf Todesstrafe entsprochen.

Der bestialische Mord an Dr. Joachim.

Berlin, 16. April. (Eig. Ber.) Vor drei Wochen verstarb in einem Berliner Krankenhaus, wie seinerzeit durch die Polizei amtlich gemeldet wurde, der bekannte Rechtsanwalt Doktor Joachim „nach achttägigem Krankenlager“. — Inzwischen erfahren wir von berufenster Seite über den Vorfall folgendes: Abvokat Doktor Joachim ist in den vergangenen Jahren häufig und mit Erfolg hervorgetreten als Verteidiger sozialdemokratischer Angeklagter vor den Berliner Gerichten; er gehörte zu den markantesten Erscheinungen der politischen Anwälte. Es war unvermeidlich, daß Joachim häufig in den Gerichtssälen mit nationalsozialistischen Gegnern zusammentraf; der seit jeher von der Hitlerpresse gegen Joachim planmäßig geführte Haß rührte von diesem Umstand her. Ein paar Tage nach den Reichstagswahlen wurde Abvokat Joachim von SA-Leuten verhaftet, seine Kasse wurde beschlagnahmt. Doktor Joachim wurde in den berüchtigten SA-Keller in der Friedrichstraße verschleppt, dort habitoit gefesselt; alsdann wurde ihm das Haupthaar geschoren und auf den Kopf und ins Gesicht wurden ihm mit glühenden Eisen Hakenkreuze eingebrannt. In diesem Zustand blieb Joachim zunächst liegen; erst dann, als durch diese schwersten Verletzungen eine akute Blutvergiftung entstanden war, wurde er zur weiteren Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert, wo er nach einigen Tagen unter entsetzlichen Qualen verstorben ist.

Katastrophale Lage der deutschen Währung.

Notendeckung nur noch 5,8 Prozent!

Berlin, 17. April. (Eig. Ber.) Ein dem deutschen Exporthandel nahestehendes Blatt, der „Wirtschaftsdienst“ in Hamburg, meldet, daß die Deutsche Reichsbank zurzeit noch über insgesamt 850 Millionen Reichsmark an Gold und Devisen verfügt; hiervon schulde die Reichsbank jedoch rund 550 Millionen Reichsmark an das Ausland, so daß nur eine echte Währungsgrundlage von 300 Millionen Reichsmark übrig bleibt bei einem Umlauf von insgesamt (mitgerechnet die zusätzlichen Ausgaben der Regierung Hitler im Betrage von 1800 Millionen Reichsmark) 5168 Millionen Reichsmark. Das aber bedeutet eine effektive Notendeckung von nur noch 5,8 Prozent, gegen 20,7 Prozent am Ende der Reichsregierung von Schleichner und gegen 18,6 Prozent am Ende der Reichsregierung Brüning.

In diesem Zusammenhang gewinnt die aus bester Quelle stammende Berliner Meldung besondere Bedeutung, derzufolge der Reichsbankpräsident Dr. Schacht seinen Rücktritt angedroht hat, falls das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Hitler in Angriff genommen werden sollte; Dr. Schacht rechnet damit, daß die Reichsmark in diesem Falle unter keinen Umständen gehalten werden könne.

Kann man Deutschland Gleichberechtigung geben?

In der Deutschland-Debatte, die das englische Unterhaus am 14. April abgeführt hat, sprach auch der ehemalige Außenminister Austen Chamberlain. Seine Rede zeigt deutlich, wie viel Deutschland durch Hitler außenpolitisch verloren hat. Chamberlain sagte:

Angesichts des drohenden Geisteszustandes Deutschlands ist dies nicht die Zeit, für Abrüstung einzutreten. Bevor man an diese Dinge herangeht, müßte es erst wieder ein Deutschland geben, das gelernt hätte, in Frieden zu leben nicht nur mit den Leuten innerhalb seiner Grenzen, sondern auch mit denen außerhalb. Gestützt auf seine Erfahrungen, sehe er die Dinge sehr ernst. Die Lage Europas, der Zustand der öffentlichen Meinung und die Taten der Regierung bedrohen den Frieden mehr als irgend etwas seit dem Ende des Weltkrieges. Dieser neue Geist des deutschen Nationalsozialismus sei das alte Preußentum mit einem Zug von Roheit des Kaiserstolzes. Sollte man mit einer solchen Regierung über Revision reden? Während Europa bedroht sei und in Deutschland dieser engherzige, aggressive Geist herrsche, wo es ein Verbrechen sei, für den Frieden zu sprechen oder ein Jude zu sein — sei das ein Deutschland, dem Europa die Gleichberechtigung anbieten könne?

Beurlaubt — Hausverbot Schutzhaft — Ausgewiesen!

Schicksal jüdischer Aerzte in Deutschland.

Der Nr. 14 der „Ärztlichen Mitteilungen“ (Verlag) vom 8. April 1933 entnehmen wir auszugsweise:

- Dr. Elisabeth Aidenhain, Berlin-Neußöln: beurlaubt;
- Dr. Karl Bamberg, Berlin-Tiergarten: beurlaubt;
- Dr. Georg Benjamin, Berlin-Neußöln: beurlaubt;
- Dr. Porinski aus dem Hauptgesundheitsamt Berlin: beurlaubt und Hausverbot; Stadtdrztin Hel. Dr. Cohn von der Reichel-der Stadtverwaltung: beurlaubt;
- Dr. Cohn aus dem Hauptgesundheitsamt Berlin: beurlaubt und Hausverbot;
- Sanitätsrat Dr. Michael Cohn, Berlin-Neußöln: beurlaubt;
- Dr. Gustav Emanuel, Berlin-Neußöln: beurlaubt;
- Dr. Kurt Friedmann: beurlaubt;
- Dr. Alfred Gottheimer: beurlaubt;
- Dr. Rosa Golde: beurlaubt;
- Dr. Levi, Chefarzt der A.M.A. Braunschweig ist von Stahlhelmhelfspolizei in Schutzhaft abgeführt worden;
- Dr. Max Levy, Berlin-Neußöln: beurlaubt;
- Dr. Julius Lewin, Berlin-Neußöln: beurlaubt;
- Dr. Ruth Lubliner: beurlaubt;
- Dr. Erwin Markussen, Berlin-Neußöln: beurlaubt;
- Dr. Seligmann, Hauptgesundheitsamt, Berlin: beurlaubt und Hausverbot;
- Der Litauer Dr. Josef Stoenas, der sich in Deutschland Prof. Joachim Stuhin nannte und Direktor eines konst. Krankenhauses in Berlin-Plättenberg war, ist aus Preußen ausgewiesen worden;
- Dr. Wohlgenut, Vorstandsmitglied des Vereines der Krankenversicherer ist mit Beziehung auf die kriminalpolizeiliche Überprüfung der Geschäftsführung der A.M.A. Hamburg in Schutzhaft genommen worden;
- Professor Dr. Bernhard Zondek, Gynäkologe am Krankenhaus in Spandau, ist zum 1. April 1933 beurlaubt worden.

Und so weiter, in endloser Reihenfolge! Und so weiter — bis das Weltgewissen, das deutsche Proletariat und der Kampf der internationalen Arbeiterschaft die Hitler „beurlauben“ wird . . .

Tschechoslowakei gegen Polen 1:1 (1:0).

Spiele um die Europa-Fußball-Meisterschaft.

Sohnowiz, 17. April. Mit keinen allzugroßen Hoffnungen wurde die Fahrt nach Polen angetreten. Die vorausgegangenen Probeispiele unserer Verbandskette konnten nur teilweise befriedigen und zeigten eine besonders auffällige Lücke im Sturm, so daß sich im letzten Moment der Bundesspielleiter zu einer Umgruppierung des Innensturmes entschließen mußte. Hier lag das große Rätsel: wird der Sturm in dieser Zusammenstellung stark genug sein, um sich durchsetzen zu können. Halb und Verteidigung standen ja fest und bedurften keiner Aenderung. Es kann mit gutem Gewissen behauptet werden, daß die Mannschaft als Ganzes genommen in jeder Beziehung ihrer Aufgabe gewachsen war. Sie zeigte ein prächtiges Kombinationspiel, spielte sehr flott und aufopfernd und sparte auch nicht mit Torchüssen. Die Polen überraschten. Sie sind seit der Olympiade um eine Klasse besser geworden. Ungemein flott und hart, betreiben sie ein raffiniertes Kombinationspiel, das unsere Mannschaft zu Anfang verblüffte. Dabei muß bemerkt werden, daß die Polen ununterbrochen vom Publikum durch lebhaftes Zurufen im Tempo gehalten und zur größten Kraftleistung angefeuert wurden. Besonders die letzten zehn Minuten, als Havranek verletzt ausfiel und unsere mit zehn Mann weiter spielen mußten, fand die Anteilnahme des Publikums eine wesentliche Verstärkung. Wir sind mit dem Ergebnis zufrieden. Unsere Vertretung hat ein vorzügliches Spiel geliefert und sehr gut gefallen. Besonders hervorragend die Halbtische. Im Sturm Klappe es vorzüglich. Der Mittelstürmer im Beginn unsicher, aber später immer aggressiver. Das Hintertrieb stand sehr sicher. Schiedsrichter war ein ungarischer Genosse; er leitete nicht ganz zufriedenstellend. Besonders in der zweiten Halbzeit stand er unter dem Druck des mitgehenden Publikums und traf viele Entscheidungen, die uns benachteiligten.

Spieleverlauf:

Unter strömendem Regen, der auch bis zum Schluß anhält, betreten beide Mannschaften der den Klängen der Internationale den Platz. Anspitzer und Blagwahl. In scharfem Tempo setzten beide Mannschaften ein. Jede ist bemüht, sich einen Vorsprung zu sichern. Es gelingt vorderhand nichts. Eine Ecke gegen Polen. Otto köpft, der Tormann hält prächtig. Straßhof gegen Tsch. von der Strafraumgrenze. Schloffer hält sicher. Das Spiel wechselt ständig. Die Angriffe der Polen sind schneller und demnach gefährlicher. Aber vorderst hat der Polentormann viel zu tun, erweist sich aber als guter Fachmann. Endlich in der 19. Minute erzielt nach einer Ecke Schwab ein schönes Tor und damit die Führung. Das Tempo wird erhöht. Die Polen liegen etwas im Vorteil. Klupa bereitet durch entschlossenes Dreinfahren den sicheren Ausgleich. Auf der Gegenseite kann der Tormann einen scharfen Schuß Schwabs nur mit großer Mühe zur Ecke abwehren. Eine brenzlige Situation vor unserem Tor löst Karl, gleich darauf Hiedler. Ein scharfer Schuß streift die Stange. Zwei Ecken gegen Polen, schon herein gegeben, werden abgewehrt. Halbzeit. — Nach Beginn Tsch. stark überlegen, nahezu 20 Minuten wird Polen belagert. Aber die Ausbeute ist Null, da die Polen alles zur Verteidigung zurückgezogen haben und jede Schußmöglichkeit abstoppen. Das Spiel beginnt sich zu wenden. Das Publikum wird immer unruhiger. Sie wollen einen Sieg der Polen sehen. „Tempo, Volsty, rat, rat, rat“ schallt es ununterbrochen. Die Polen legen nun Tempo vor und kommen durch die Flügel immer wieder in Front. Nun zeigte sich unsere Verteidigung im besten Lichte. Sie leistet ganze Arbeit. Dreizehn Minuten vor Schluß fällt der Ausgleich. Ein überraschender Vorstoß des Rechtsinnes bis vor das Tor. Kurzer Paß zur Mitte. Der Schuß wird von Schloffer im Versuch auslaufen zwar abgewehrt, nimmt aber dennoch seinen Weg auf Tor. Havranek ist zur Stelle, will retten und fällt im entscheidenden Moment. Der Mittelstürmer kann mühelos eintrudeln. Gleich darauf scheidet Havranek verletzt aus. Jetzt sind die Polen nicht mehr zu halten. Sie greifen ununterbrochen an. Min und Karl reiten im Tor stehend. Die letzten Minuten raffen sich unsere nochmals auf. Aber es reicht nicht mehr zum entscheidenden Tor. Der Schlußpfiff beendet eines der spannendsten Spiele, die von unserer Verbandsmannschaft ausgetragen wurden.

Dem Spiele wohnte der Vertreter der Internationale Genosse Lechner (Wien) bei. Ebenso hatte das tschechoslowakische Konsulat zwei Herren entsendet, die dem ganzen Spiele beiwohnten und eine persönliche Rücksprache mit der Mannschaft nahmen.

Einige Neuherungen.

Genosse Lechner: Ich bin überrascht von der Spielfähigkeit beider Mannschaften. Einen derartigen rasigen, technisch hochstehenden Kampf habe ich nicht erwartet. Das kann ja noch lustig zugehen, bei unserer Europameisterschaft.

Der Schiedsrichter: Die tschechoslowakische Mannschaft gefiel mir besser. Ihr Spiel ist nur zu weich, die Polen sind härter. Das Publikum ist überall gleich, oft ungerade.

Dr. Michalowiez (Warschau), der Vorsitzende Polens: Wir haben mit einem sicheren Sieg gerechnet. Eure Mannschaft war sehr gut, besonders Halb und Verteidigung.

Ein polnischer Anhänger: Vor allem muß ich voraussagen, daß das Wetter, es regnete den ganzen Tag, den Tschachen mehr geschadet hat als den Polen. Zum Ziele selbst war die erste Hälfte tschechoslowakisch besser und wurde sehr stark gespielt. Die zweite Hälfte sah die Polen etwas mehr im Angriff. Man sah beiderseits schöne technische Leistungen, wobei speziell auf tschechoslowakischer Seite der Rechtsaußen hervorragende Verteidigung und Tormann gut. Ueber die polnische Mannschaft ist nun

das eine zu sagen, daß jeder aufopfernd bis zur letzten Minute gekämpft hat.

Bundesspielleiter Erbacher: Ich bin zufrieden. Die Mannschaft kämpfte aufopfernd und spielte in jeder Beziehung vorzüglich. Eine kleine Schwäche lag im Mittelstürmer. Es gibt kein Lob, jeder spielte so, wie es für eine Länderververtretung verlangt wird.

Auch das 2. Spiel unentschieden! 2:2 (1:1).

Dobrova, 18. April. Ohne Havranek und Menzel. Die Polen nahmen das Spiel gar zu ernst, und

Tagesneuigkeiten

Schwur am Grabe des Jaccinopfers.

Begräbnis des Genossen Fahrradnießel.

Sonntag fand unter ungeheurer Beteiligung das Begräbnis des an den in der Strikbrunn-Versammlung erlittenen Mißhandlungen gestorbenen tschechischen sozialdemokratischen Studenten Emanuel Fahrradnießel statt. Die Gassen Breraus waren von einem viele Tausende von Menschen zählenden Spalier erfüllt, Delegationen der tschechischen sozialistischen Parteien von weit und breit waren gekommen. Kurz nach vier Uhr wurde der Sarg in den Leichenwagen gehoben, worauf ein Mitschüler des Gemordeten Phil. Cand. Kobal vortrat, um Abschied zu nehmen. „Fahradnießel, fahradnießel“, so führte der Redner aus, durch eine verbrechliche Hand als Opfer des tschechoslowakischen Faschismus. Menschen, die schon längst aus dem Lager anständiger und ehrenhafter Bürger ausgeschlossen sind, sind an seinem Tode schuld. An seinem Grabe muß man den Feinden der Demokratie, und dem Faschismus Kampf schwören.“ Dann sprachen noch einige andere Redner, darunter der Vertreter der Studenten-Internationale Genosse Dr. Kojecly aus Brunn und für die tschechische Sozialdemokratie Genosse Abgeordneter Kucera, der u. a. sagte, daß aus dem Blute des Ermordeten neue Legionen hervorzuzüchten müssen, welche besiegeln sollen, was geschaffen wurde und was allen so teuer sei. Dann setzte sich der Trauerzug gefolgt von Tausenden von Menschen in Bewegung. Am Grabe sprach dann noch der Vorsitzende des Verbandes der tschechischen sozialdemokratischen Studenten Genosse Konec, der u. a. ein Telegramm sozialdemokratischer Studenten aus Mähr.-Ostria vorlas, das folgendermaßen lautet: „Am Grabe des Genossen Fahrradnießel schwören wir, daß wir für die Ideen des Marxismus nicht weniger ehrenvoll kämpfen werden als unser ermordeter Kamerad.“ Als letzter Redner sprach Genosse Landesvertreter Koudel, der eine so ergreifende Rede hielt, daß Hunderte von Menschen am Grabe weinten. Dann wurde der Sarg unter den Klängen der Internationale in die Erde gesenkt.

An der ungarischen Grenze erschossen. Ein mysteriöser Vorfall.

Uzhorod, 18. April. Die ungarische Grenzwaache erschoss am Montag, den 17. d. M. gegen 22 Uhr auf der über die Theiß führenden Brücke in der Gemeinde Blyot im Bezirk von Berehovo den 42-jährigen ungarischen Staatsbürger Ludwig Kobac aus der Gemeinde Sontad in Ungarn. Kobac lehrte aus der Tschechoslowakei von einem Osterbesuche bei seinen Anverwandten nach Hause zurück. Er nahm auf der Landstraße Blyot-Tisabec seinen Weg. Die tschechoslowakische Grenzwaache ließ ihn passieren, da er eine ordentliche Ausweiskarte vorlegte, die ihn im kleinen Grenzverkehr zur Ueberschreitung der Grenze ermächtigte. Kaum war jedoch Kobac in der Mitte der Brücke angelangt, rief ihn die ungarische Grenzwaache an, worauf sie gegen Kobac scharfschoß. Kobac blieb auf der Stelle tot liegen. Der Vorfall wird untersucht.

Selbstmord eines Soldaten.

Am 15. ds. um 19 Uhr erschoss sich durch einen Kopfschuß aus seinem Dienstgewehr der Gefreite Franz Podrouzek vom Infanterieregiment 5. Er vollführte die Tat in der Zeit, als er im Dienst im Grabchiner Militärgefängnis auf Posten Wache stand. Die Untersuchungskommission konnte den Grund des Selbstmordes nicht feststellen. Sicher ist, daß er mit dem Militärdienst nicht im Zusammenhang steht. Der Verstorbene war ein sehr aufrichtiger und disziplinierter Soldat, einer der besten Schüler der Unteroffizierschule, der nie eine Strafe erhielt, nie verwahrt wurde und dem auch keine Strafe drohte.

Drama in der Tischlerwerkstatt.

Mähr.-Ostria, 17. April. Der Tischlergehilfe Franz Malesel in Mariasfel Hory hatte vor einiger Zeit seinem Arbeitgeber, dem Tischlermeister Ulrich Severin, einen größeren Geldbetrag geliehen. Heute vormittag war nun Malesel den Severin mahnen gekommen. Dabei kam es zu einem Streit, in dessen Verlaufe Malesel plötzlich einen Revolver zog und einen Schuß auf Severin abgab, der diesen

wollten auf alle Fälle gewinnen. Die Folge davon waren ernsthafte Verletzungen von Schloffer und Otto. Besonders in der zweiten Halbzeit ließen sich die Polen zu allerhand Dorkheiten hinreißen, die selbst bei dem fanatisch eingestellten Publikum Unwillen erregten. Unsere Mannschaft verlegte sich unter solchen Umständen auf ein sehr behutsames Spiel, das ein starker Wind sehr beeinträchtigte. In der 25. Minute gelingt Malik ein schöner Durchbruch, den Paßball verwertet Otto zum ersten Treffer. In der 44. Minute fällt der Ausgleich. Nach der Pause, gegen den Wind spielend, fällt schon in der 1. Minute durch Schwab das 2. Tor. Nun folgt die höchst unruhliche Kampfesart der Polen. Rücksichtslos und dorb wird der Gegner angegangen. Unsere Mannschaft spielt sehr verhalten. Zwei Verletzte scheiden aus. Trotzdem liegen unsere im Angriff. Die letzte Minute fällt der Ausgleich aus einem Gedränge. Schiedsrichter sehr schwach. Besuch zirka 3000 Personen.

in den Kopf traf. Offenbar in der Meinung, den Severin erschossen zu haben, wandte dann Malesel die Waffe gegen sich und schoß sich in den Mund. Er war auf der Stelle tot. Der schwer verletzte Severin wurde ins Krankenhaus gebracht.

Drei Einbrecherkolonnen in einem Berliner Warenhaus.

Berlin, 17. April. Das Warenhaus von C. & A. Brenningmeyer in der Berliner City ist am Abend des Ostermontag von drei Einbrecherkolonnen heimgesucht worden. Die drei Kolonnen haben vollkommen getrennt voneinander gearbeitet. Während die eine Kolonne sich im zweiten Stock mit dem Aufknäsen einer Tresoranlage beschäftigte, haben sich die anderen beiden Kolonnen an den Warenvorräten zu schaffen gemacht. Insgesamt wurden nach vorläufigen Schätzungen für 60.000 bis 80.000 Reichsmark Waren von den Einbrechern erbeutet. Die Aneckerkolonne konnte seine Parvamente erbeuten, da der Tresor allen Bemühungen, ihn aufzuschließen, standhielt.

Anarchisten als Banknotenfälscher.

Wien, 18. April. Dem Wiener Sicherheitsbüro ist es am Ostermontag gelungen, eine Fälscherwerkstätte aufzubrechen. Ein Verbreiter falscher Noten wurde in flagranti erwischt und seine Werkstätte mit samt dem gesamten Material und einer großen Anzahl bereits fertiggestellter Fälschate ausgehoben. Der Verhaftete wurde als der in Viehlich geborene, nach Wien zuständige arbeitslose Hilfsarbeiter Alfred Piesch erkannt, der als Anarchist bereits im Jahre 1930 anlässlich der gewalttätigen Besetzung der Donauinsel Lobau durch arbeitslose Kolonisten mit dem Gerichte in Konflikt geraten war. Außer ihm wurde noch sein Schwager, der arbeitslose Alois Berchlinghofer, der sich früher mit dem Grabieren von Metallgegenständen beschäftigt hatte und als Pieschfalls Anarchist ist, verhaftet. Die Fälschungen sind die allerbesten der letzten Jahre. 25 Fälschate sind wahrscheinlich noch im Umlauf.

Schwarze Ostern.

Paris, 18. April. Die vorläufige Verkehrs-unfallstatistik weist nach dem „Matin“ während der Osterfeiertage 36 Tote und mehr als hundert Verletzte in Frankreich auf. Diese Bilanz erstreckt sich auf die Tage vom Samstag bis Montag.

Diebe, die mit der Zeit gehen.

In Mähr.-Ostria wurden nunmehr auch Geldinwandbösen der automatischen elektrischen Aufzüge, die bisher von den Dieben unbeachtet gelassen worden waren, ausgeraubt. So wurde am Samstag der Automat eines elektrischen Aufzuges in einem Hause in der Buchmayer Gasse in Mähr.-Ostria erbrochen, aus dem etwa 30 K und 8 Messingmarken geraubt wurden. Bei dem Verbruch, einen ähnlichen Einbruch in einem Hause in der Thra Gasse zu begehen, wurden der 22-jährige Josef Döcklit aus Mähr.-

Touristentragedie in der Tatra.

Strebke Plejo, 18. April. Zur Zeit, als die für den Ostermontag geplanten Konkurrenzen im Ski-Talsfahren vorbereitet wurden, die dann im letzten Augenblick wegen des herrschenden Schneesturmes abge sagt werden mußten, ereignete sich in der Nähe einer Tragödie, der ein Menschenleben zum Opfer fiel. Zwei hervorragende polnische Alpinisten, Professor Bürgermeier aus Polen und Professor Gron aus Gnesen, hatten eine auf vier Tage berechnete Hochtour unternommen, die am Popradské Plejo enden sollte. Zweimal nachtigten sie in Jelen, in Hochstätern. Am dritten Tage bestiegen sie den Gipfel des Ganel-Berges, wo sie auf ein Eisfeld gerieten, zu dessen Ueberwindung sie einen ganzen Tag brauchten. Auf der Gipfelwand des Ganel-Berges wurden sie von der Nacht überrascht. Bei dem herrschenden ungeheuren Winde war es unmöglich, unter Zelten zu nächtigen, so daß die beiden Touristen, als sie um 8 Uhr früh den Abstieg antreten wollten, völlig erschöpft waren. Bald darauf verschied Professor Bürgermeier vor Kälte und Erschöpfung und mußte auf der Galerie des Ganel-Berges zurückgelassen werden. Sein Befahrte gelangte nach vier Stunden zum Popradské Plejo, wo er, nachdem er sich etwas erholt hatte, die Meldung erstattete. Doch die Gendarmereisstation und das Tatra-Rescuekorps konnten wegen des Unwetters an diesem Tage keine Expedition mehr zur Bergung der Leiche entsenden, und es muß abgewartet werden, bis sich das Wetter einigermaßen beruhigt. Der tragisch verstorbenen Professor Bürgermeier war 33 Jahre alt und galt als der beste polnische Alpinist.

Ostria und der 19-jährige Rudolf Rozum aus Schlesisch-Ostria ertrinkt.

Samsstag, den 15. d. M. nachts drangen unbekannte Täter in das israelitische Bethaus in Witkowitz ein, wo sie die feuerfeste Kasse einbohrten und aus derselben eine große Zahl von liturgischen Gegenständen raubten. Die Höhe des Schadens sowie die Namen der Diebe konnten bisher nicht festgestellt werden.

Josef Rutzler gestorben. In Prag ist Donnerstag Genosse Josef Rutzler gestorben. Mit ihm verliert der Verband der Eisenbahner einen seiner tätigen Funktionäre, welcher seit Jahrzehnten in verschiedenen Stellen ihre Interessen vertrat. Trotz seiner Arbeit in der Gewerkschaft, er war Mitglied des Verbandsvorstandes, nahm er auch am politischen Leben lebhaften Anteil. Er oblag einer längeren Krankheit, welche sich vor 14 Tagen so verschlimmerte, daß er sich in das Prager Krankenhaus begeben mußte. Die Einäscherung fand gestern im Prager Krematorium statt.

Das Braut der „Atron“ gefunden? Der Kreuzer „Vorland“ teilte durch Funkpruch dem amerikanischen Marineministerium mit, er glaube, das Braut der „Atron“ gefunden zu haben. Eine Trosse habe sich nämlich in einem unter dem Wasser treibenden Gegenstand verfangen, in welchem man das Braut der „Atron“ vermutet.

Ziehung der „Anlotterie“ vom 18. April.

70.000 K:	101.521.
20.000 K:	39.856, 90.262.
10.000 K:	45.886, 51.543, 63.130, 76.311, 93.812.
5.000 K:	5.004, 18.613, 19.671, 22.182, 25.995,
27.237, 30.086, 34.312, 38.104, 42.922, 55.178, 79.819,	
87.046, 98.741, 99.796, 104.714.	
2.000 K:	265, 343, 619, 2.007, 2.033, 3.226, 3.595,
4.404, 8.884, 15.552, 15.774, 17.790, 18.107, 20.091,	
22.067, 22.491, 23.809, 25.631, 25.891, 27.431, 28.371,	
30.004, 32.044, 33.419, 34.490, 36.117, 36.249, 36.469,	
37.287, 37.931, 42.383, 44.750, 44.931, 46.330, 47.712,	
50.131, 52.194, 54.354, 55.484, 56.452, 59.625, 60.259,	
60.721, 60.723, 61.490, 62.845, 64.143, 71.360, 75.984,	
78.640, 80.553, 81.540, 86.475, 86.923, 89.518, 92.576,	
95.445, 95.943, 97.150, 102.313, 104.296.	
1.200 K:	13.175, 17.021, 25.204, 30.306, 37.889,
38.120, 47.219, 51.460, 52.144, 65.178, 75.975, 77.021,	
77.754, 88.796, 93.167, 94.222.	

Von Java nach Berlin in 6 1/2 Tagen.

Der Heimflug Hans Vertrams.

Berlin, 17. April. Witten in die Flugveranstaltung, die die Berliner Flughafengesellschaft am Ostermontag auf dem Tempelhofer Feld durchführte, fiel kurz nach 16 Uhr die Landung des Fliegers Hans Vertram, der heute morgens um halb 3 Uhr in Athen gestartet war und die Strecke ohne Zwischenlandung in 14 1/2 Stunden zurückgelegt hatte. Den Rückflug hatte er ganz allein von Java angetreten. Sein Weg führte über Sumatra, Indien, Persien, Irak, Syrien, Klein-Asien, Griechenland nach Berlin. Die über 14.000 Kilometer Flugroute bewältigte er in sechseinhalb Tagen. Vertram wurde bekannt durch seine abenteuerlichen Erlebnisse, die er zusammen mit seinem Bordmonteur Klausmann bei einer Notlandung im australischen Busch hatte. Hans Vertram flog im Februar des vergangenen Jahres von Köln mit einem Junterschwimmer-Flugzeug ab und wollte auf dem Wasserwege an der Küste Asiens entlang China erreichen. Diese Absicht gab er jedoch in Banakol auf und flog über den Niederländischen Inseln weiter zu einem Flugel rund um Australia. Ueber der Timor-See verslog er sich bei

einem Nachtflug und mußte, nachdem sein Brennstoff zu Ende war, an der völlig einsamen Nordwestküste Australiens landen. Er und sein Begleiter wurden nach über 50 Tagen von Einwohnern in ganz erschöpften Zustände aufgefunden und gerettet.

Zodessturz eines Nürnberger Fliegers.

Bamberg, 17. April. Bei Segelflügen auf der Krieger-Warte ist gestern aus bisher unbekannter Ursache das Segelflugzeug des Nürnberger Segelfliegers Paul Beck abgestürzt. Der Pilot ist auf dem Wege zum Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Acht Tote in Spanien.

Madrid, 16. April. (Savas.) Ende der vergangenen Woche ereigneten sich in Spanien einige Katastrophenfälle. Hierbei fanden acht Personen den Tod, drei Personen wurden verletzt. Drei der Opfer kamen bei dem Flugsturz am ersten Jahrestage der Republik ums Leben.

Ein halbes Dorf niedergebrannt.

Bukarest, 18. April. In der Gemeinde Turdi bei Klausenburg brach nachts ein Brand aus, der infolge Wassermangels rasch um sich griff und mehr als die Hälfte des Dorfes zerstörte.

Die Belgische Arbeiterpartei zur Frage der Einheit. Der Generalrat der Belgischen Arbeiterpartei hat nach sehr eingehender Debatte über die allgemeine politische Lage einen von Paltazar, Delattre und Wauters gestellten Antrag mit 52 Stimmen bei vier Stimmen-enthaltungen angenommen.

Looshtwinder. In Brod bei Budweis kamen zu dem Bäcker Josef Krebs zwei Männer, von denen sich einer als Direktor der tschechischen Kreditgenossenschaft in Brünn P. Durel, der andere als Beamter der gleichen Firma Walter Herrig vorstellte.

Eisenbahn und Auto. Ein mit sechs Personen besetzter Kraftwagen wurde Sonntagabend auf einem ungeschützten Bahnübergang in der Nähe der Station Hohenbrunn in Bayern von einem Eisenbahnzuge erfasst und etwa hundert Meter weit mitgeschleift.

Ein Millionärssohn von Gangstern entführt. Der bekannte Millionär und Großkaufmann John Factor erzielte am Sonntag die Nachricht, daß Gangster seinen Sohn entführt haben.

Die Chinesischen Piraten. Auf einem chinesischen Jollutter, der in der Nähe von Malao während der Ebbe auf Grund geraten war, wurde von Chinesischen Piraten ein Feuerüberfall ausgeführt.

Demonstrationen in Wiener Kinos. Sonntag nachmittags pliffen in Monarch-Theatris in Wien Rationalsozialisten eine jüdische Revue aus.

Schwedischen Kinos gegen die auf der Leinwand vorgeführte nationalsozialistische Parade in Curhaven. Im Schottenring-Kino piff das Publikum wieder einen reichsdeutschen Film aus.

Gasdod. Blauen, 18. April. In der Nacht zum zweiten Osterfesttag fanden Einwohner die Ehefrau eines Kraftwagenführers und ihre drei Kinder im Alter von acht, sieben und einem Jahr durch Gas vergiftet tot auf.

Auto und Auto. Auf dem Wege von Rom nach Ostia stieg das Automobil des ehemaligen Gouverneurs von Rom, Senator Spada Potenzi, mit einem Automobil des königlichen Hauses zusammen.

Kurzschluss in einem 22.000-Volt-Verteiler. Dienstag erfolgte um 13 Uhr 37 in der Transformatorstation der Elektrischen Unternehmen in Prag XII. in dem 22.000-Volt-Verteiler ein Kurzschluss.

Der Ruf um Hilfe. Vom Fluß her kam plötzlich ein gellender, markerschütternder Schrei.

„Zu Hilfe! . . . Er ertrinkt! . . . Zu Hilfe!“ In dem Wasser befand sich zu dieser Stunde nicht eine menschliche Seele.

„Was soll man tun?“ fragte Herr Roury ratlos, „was tun?“ Er machte sich daran, die Stricke, mit denen das Boot besetzt war, zu lösen.

„O, dort Herr Roury! . . . Sehen Sie den schwarzen Kopf? . . .“ Herr Roury sah tatsächlich etwas Schwarzes im Wasser.

„Rüchtern Sie nichts!“ wandte sich der Arbeiter dem Ertrinkenden zu. „Wir sind sofort bei Ihnen!“ Und ohne auf seine Frau zu achten, die ihm zurief, er möge das Mittagessen beenden kommen.

Der Arbeiter sprang ins Wasser, und schon in der nächsten Sekunde teilte er mit kräftigen Armen die Kluten. Vom Ufer aber klang das verzweifelte Bitten seiner Frau:

„Johann, lehre zurück! Johann, lehre zurück!“ Er schwamm weiter. Zeitweise tauchte er unter, um den Ertrinkenden zu finden.

„Eine Stange, eine Stange her!“ begann Herr Roury zu rufen, da er nicht den Mut hatte, dem Arbeiter nachzuspringen.

„Johann, komm zurück!“ Vergessens — man fand ihn nicht, obwohl man den Fluß mit der größten Genauigkeit absuchte.

Die Dame aber, sichtbar böse, daß die Rettung missglückt war, legte ihr Gesicht in vorwurfsvolle Falten und sagte stolz:

„Ein Hund! . . . Ein Hund! . . . Wegen eines Hundes mußte ein Mensch sein Leben lassen.“



in dem Ufa-Tonfilm „Ich und die Kaiserin“

len! . . . riefen die Leute und riefen ihr Verwünschungen nach. „Um“ murmelte Herr Roury durch die Zähne.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Streiks und Ausperrungen im Monate März 1933

Wie das Statistische Staatsamt mitteilt, gab es im März 1933 13 (im Februar 17) Streiks; davon waren 10 (14) Einzel- und 3 (3) Gruppenstreiks in 99 (29) Betrieben.

In Bezug auf die Gewerbellagen entfallen 4 Streiks auf das Baugewerbe (1684 von den Streikenden veräumte Arbeitstage).

Forderungen der Streikenden waren folgende: bei 4 Streiks Nichtführung der Löhne (2650 veräumte Arbeitstage), bei 3 Streiks eine Lohnerhöhung (2000).

Ausperrungen gab es im März eine (Einzelausperrung), und zwar in Böhmen.

Zu Hitlers Geburtstag.

Unsere Gedanken schweifen zurück in die trostlosen Wochen vor Hitlers Regierungsantritt; damals hatten wir, da ja die Bürgerlichen nicht mehr mitspielen wollten.

Wir haben die Macht in Deutschland! Unser herrlicher Göring spritzt Feuer und Morphium und unser unvergleichlicher Goebbels treibt andere Spiele.

Der Kapitalismus ist zertrümmert! Arbeitslosigkeit und Not gehören der marxistischen Vergangenheit an. Allen ist gehalten, wie unter Programm es verheißt hat.

Wir haben die Macht in Deutschland! Unser herrlicher Göring spritzt Feuer und Morphium und unser unvergleichlicher Goebbels treibt andere Spiele.

worden (Zuruf: Röhm!), bald wird es ganz warm sein, bald wird der Sommer gekommen sein. Und im Herbst werden die Blätter sowieso alle braun. Und fallen tot zu Boden.

Das Vertrauen zu Deutschland ist drinnen und draußen in einem Umsatze hergestellt, daß selbst der glorreiche Wilhelm der Zweite vor Reich erlassen muß.

Wie gesamt wir habens geschafft! Um noch ein Beispiel zu nennen: gestern, am heiligen Osterfest, als Hitler gerade die Melodie

für seine „Weisen von Zion“ komponierte, kommt eine Abordnung der Polen zu ihm und bittet, daß Hitler die Rückgabe Oberschlesiens und des Korridor gnädigst gestatten möge.

Das Vertrauen zu Deutschland ist drinnen und draußen in einem Umsatze hergestellt, daß selbst der glorreiche Wilhelm der Zweite vor Reich erlassen muß.

Wie gesamt wir habens geschafft! Um noch ein Beispiel zu nennen: gestern, am heiligen Osterfest, als Hitler gerade die Melodie

für seine „Weisen von Zion“ komponierte, kommt eine Abordnung der Polen zu ihm und bittet, daß Hitler die Rückgabe Oberschlesiens und des Korridor gnädigst gestatten möge.

Darum Pa's! Es lebe der Teufel, der den Verstand verbrüht! Es lebe der Saff, Hitler und das Dritte Reich! Heil — Heil — Heil!

